

Die „Wolksmacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Straßengasse, 11/12, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, Post und Porto M. 2.90, wo keine Post am Orte M. 3.30.

# Wolksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsbüro: Bestellt für die regelmäßige Lieferung über jeden Monat 25 Pfennige, für Arbeitsnachweise und Veranlassung von Anzeigen 15 Pfennige, Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 5 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

## Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 31.

Sonnabend, den 6. Februar 1900.

20. Jahrgang.

### Die Finanzorgen Breslaus.

Mit dumpf abgetönten Reasonnements leitete in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten Herr Kämmerer Mathes seinen Jahresbericht über den Gemeindehaushalt der Stadt Breslau ein. Sie richteten sich gegen die immer unerträglicher werdende und immer provokierender auftretende Beschränkungs- und Bevormundungssucht, mit der staatliche Behörden und Verordnungen die freie Entwicklung unserer Kommune hindern, gegen die Kleinlichen Nadelstiche und großartigen Abzugsungen, die den Organismus der Gemeinde in tristenhaften Erkrankungen hineinziehen und seine Lebensfähigkeit bedrohen. Herr Mathes ist kein Freund rhetorischen Windwerbs, wenn er schlicht und bestimmt zu Felde tritt, dann legt er es auf solide Stützen, die ihm so leicht niemand wegzieht, dann sind das Feststellungen eines Mannes, der seinen Geschäftskreis kennt und sich keine Illusionen vormachen läßt. Es klang aber nicht nur entschieden, sondern beinahe bissig, als der Redner gleich zu Anfang diese Bevormundungssucht in Vergleich stellte zu dem bengalischen Feuerwerk, mit welchem auch von staatlichen Rednern anläßlich des Jubiläums der Städteordnung die großartigen Leistungen der Selbstverwaltung und die Opferwilligkeit der unabhängigen Bürgerchaften gefeiert worden ist. Diese nicht nur sehr angebrachten sondern sogar dringend notwendigen Hinweise auf geradezu beleidigende Widersprüche, die sich im November im Berliner Rathaus vor Wilhelm II. stillschweigend einstellte, schien unserem Agrarierstipendiaten Mühsche schon eine Verübung wieder den heiligen Geist des Breuchentums zu sein, er räumte recht unangemessen gegen Thema und Tendenz der Kämmererischen Rede, bis ihm die Nachbarschaft energisch klar machte, daß er hier nicht auf der Bierbank, sondern im Parlament sei. Von kleinen Nadelstichen erwähnte der Kämmerer die immer noch ausstehende Genehmigung für die Eingemeindung Gräblichens und neue Schmierarbeiten, die unser freundlicher Nachbar, der Landrat Michelhaus der Gasversorgung des Dorfes Damiß bereitet! Von großen Anspannungen aber sind es besonders die fortgesetzten Einmischungen, die unsere Schule von oben her erdulden muß, die jetzt wieder bei der Befolungsfrage und der Mädchenschulreform bis zu einem Grade erfohlen, daß die Stadt schließlich nichts mehr zu sagen, aber alles zu bezahlen hat. Rechnen man zu den fünf Viertel Millionen Gehaltserhöhungen dann noch die Presse, welche in Gestalt von Postzukunft bei uns angelegt wird, so kommen zirka 33 Prozent Steuerzuschlag allein auf Grund von Ausgaben zulande, auf die uns jeder bestimmende Einfluß fehlt. Ein gelindes Grauen überkommt unseren städtischen Finanzminister, wenn er dann noch daran denken muß, Ertrag für die Schlachtsteuer zu schaffen; nur die Gas- und Elektrizitätssteuer sieht er — vielleicht viel zu früh — als glücklich überwunden an.

Sparfameit ist es deshalb, die der neue Etat aus allen Poren schwitzt. 630.000 Mark von den Forderungen der verschiedenen Verwaltungsbehörden mußten schon von vornherein gestrichen werden, was Herrn Dettlinger Anlaß gab, denselben ein Privotikum über ihre finanzielle Ausschweifung zu halten und die Verfassung vor Bewilligung von nachträglichen Ausgaben zu warnen. Am Armeelast geht ein natürliches Wachstum der Ausgaben vor sich infolge der Zunahme Unterstützungsbedürftiger besonders in der geschlossenen Armenpflege. In der Kette der Maßnahmen gegen die große Säuglingssterblichkeit folgen den Milchflüchen und dem Säuglingsheim zwei kleine Ausgabenposten, die für berufsmäßige Kostkindererziehung und Auszahlung von Stillprämien bestimmt sind. Eine unangenehme Maßnahme, welche die Finanzreform im Gefolge hat, ist die Erhöhung des Schulgeldes für die höheren und mittleren Lehranstalten, mit dem sich der Staatsreferent Dettlinger allerdings nicht befreunden will. Den Volksschulen aber wird außer durch die Gehaltszulagen das Leben teurer gemacht durch eine Strabelfrage, welche der Regierungspräsident wegen der Sparfameitüberschüsse für den Banfonds zieht. Während der Magistratsredner um die Stadt-Theaterfrage gestern noch scheu herumging, scheint mit der Errichtung des Fach- und Fortbildungsschulwesens eine heftige Debatte ausgelöst zu werden. Denn wenn sich unsere Spieler auch länger daran gewöhnt haben, daß Denkmäler und Lustschiffe Geld kosten, so vermögen sie doch noch lange nicht zu fassen, daß das auch bei Fortbildungsschulen der Fall ist — wobei wir mit dieser Bemerkung natürlich nicht alle Kritik abgewiesen haben wollen, die sich gegen die wichtigen Institute erhebt. Mit einem ernsthaften Unwillen haben gegenwärtig auch die verschiedenen Kategorien der städtischen Beamten zu rechnen, die gerade zur Zeit einer neuen Gehaltserhöhung sich von den Pflichten überbunden erfinden lassen, die sie bisher nach zehnjähriger täglicher Arbeitszeit in anderen Bureaus bis zum Höchstmaß von 70 Stunden pro Jahr verrichten mußten. Der Magistrat soll und will diese Arbeiten wieder in bezahlten Nebenstunden oder von Schreibern im Tagelohn machen lassen, was die Mehrheit der Stadtväter nicht wenig aufbrachte. Steigen so an allen Ecken und Enden die Ausgaben, so bleiben auf der anderen Seite die Einnahmen noch zurück, die Umsatz- und Wertzuwachssteuer brachte in den vergangenen neun Monaten 534.000 Mk. gegen 1.081.000 Mk. im Jahre 1907. Schenkungen, Zummelungen und andere Manipulationen führten neben der verringerten Bautätigkeit den Ausfall herbei. Die Juristen in der Versammlung haben uns da wieder ein Steuerinstrument von ähnlicher Treffsicherheit hingeworfen, als den Beschluß, Herrn Thamm von der Einbaumstraße das Wahlrecht zu entziehen. Der Herr hat den weisen Jüngern der Demos bewiesen, daß er mehr verstand. Für die größere Nationalität des Steuerbringsystems mußte der Kämmerer den ziffermäßigen Nachweis zu erbringen, bet der Zunahme der Zinsen von 106.000 auf 123.000

hat er nur 4 neue Beamte gebraucht, also etwa 30 gespart. Ein glänzendes Zeugnis konnte er noch dem neuen Gaswerke ausstellen, das trotz Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und entsprechender Vermehrung der Arbeiter eine ganz erhebliche Produktionssteigerung bei verbilligten Produktionskosten aufweist. Doch die Erträge der Betriebswerke entheben den Kämmerer angesichts der ganzen geschickerten Sachlage nicht der stermischen Aufgabe, eine Steuerverhöhung von 20 Prozent vorzuschlagen. Schwer wird diese auf unsere Bürger brücken, meint der nachfolgende Herr Dettlinger, denn 85 Prozent von ihnen haben unter 3000 Mk. Einkommen und 3/4 von dieser unter 1200 Mk.! Aber auch er weiß keinen überzeugender Ausweg. Einige andere Anträge und Minderungen der Rücklagen in die Betriebsfonds reifen uns nicht, teilen günstiger Falls dem nächsten Jahr eine umso stärkere Last zu. Unter diesen Umständen blieb die Dettlingerische Opposition in Spezialdingen matt trotz der alten Gemandschaft und der einschmeichelnden Bereitwilligkeit, mit welcher sie sich gibt. Zudem weiß man nicht, mit welchen Kriterien der Staat bis zur nächsten Statberatung die Gemeinden beunruhigt. Am kommenden Donnerstag geht die Statberatung weiter, dabei wird auch ein Redner der Sozialdemokratie zum Wort kommen.

### Politische Uebersicht.

Wer ist Adolf Stein? Ueber die kostbare Persönlichkeit des Herrn Stein, der das gestern besprochene Buch über Wilhelm II. losließ, schrieb seiner Zeit eine Berliner Korrespondenz folgendes:  
Er kam von auswärts nach Berlin, und auf der Basis der zum größten Teil durch seine zweite Frau (eine geborene Frein v. S.-B.) gewonnenen Beziehungen ließ er hier alsbald die Wachen- und „Der Deutsche“ zum Leben erwachen. Die gezeichneten Gelder waren sehr bald zu Ende und er verführte seinen Drucker zu einem Aktienkauf, der an den Einrückungsstellen auf seinen Seiten ein völlig negatives Ergebnis zeigte, trotzdem ihm auf Intervention von sehr hoher Stelle aus — „Ballin, was können wir für „Den Deutschen“ tun?“ — die Zusätze der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd überlassen waren. Auch diese Einnahmen genühten nicht, um Stein und seinen Drucker über Wasser zu halten. Und so betrieb er, als er weder Drucker noch Aktienbesitzer mehr bezahlen konnte, die Verneinung seines Unternehmens. Mit nicht weniger als 600.000 Mark nominellen Kapital wurde „Der Deutsche“ von ihm bewirkt, wovon 50 Prozent bar einzuzahlen sein sollten. Und nun kam die Hauptfache. In Anbetracht der Schwierigkeit der Finanzierung verpachtete Stein dem ersten, der mindestens 50.000 Mark reichte, den Kommerziantstitel, dem zweiten einen entsprechenden Orden. (Wenn ich 10 Milie für das Blatt gebe, bekommen ich doch mindestens „den Kronenorden“, meinte ein Unternehmungslustiger.) — Durch die im Bureau des „Deutschen“ eingegangenen Briefe des Reichskanzlers, Fürsten Bismarck und einiger prinzipieller Abstanten sollte den Kapitalisten das zu solcher Gründung nötige Vertrauen eingebläht werden. Ihre Heiligkeit steht doch aber auf einem Sturzflug des Kaisers, Herr Stein“, erlaubte sich einer der Herren einzuwenden. Ohne ein Wort zu erwidern,

### Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Karl von Holtei.

108  
Nun war's geschehen, und er zeigte sich gekränkt. Kluge, gelehrte Männer, wenn sie zugleich eitel, folglich empfindlich-reizbar, sind selten klug genug, zuzugeben und einzusehen, daß nicht alles mit Theorien erloscht wird, und daß Praxis und Erfahrung auch ihre Rechte haben. Er wollte meine Ansicht natürlich widerlegen. Er langte sich unsern Dichter und setzte diesem ein Schuldenstückchen zusammen, aus dessen wirksamsten Chargen, in der Manier des „Schauspieler wider Willen“. Die Frau Direktorin, von vielen Seiten ermuntert, nahm es willig an. Der Regisseur, aus Opposition gegen mich, fand sich bereit, die undankbare Nebenrolle zu übernehmen. Vergeblich blieben meine Gegenwendungen. Ich wurde laut des misgünstigsten Reiches beschuldigt. Alles war gegen mich. Sogar Philister, die sich sonst niemals uns Theater betümmert hatten, nahmen Partei und klagten mich an. Ich gab auf der Probe in Gegenwart der ganzen Truppe die Erklärung ab, daß der Versuch überflüssig sei, daß er ein Schandstück für die bisherige ganze anständig gehaltene Unternehmung sei, und daß ich nichts mehr mit letzterer zu schaffen haben wolle! Dann verließ ich mich in mein Nachhaken, um es vor nächstem Morgen nicht zu verlassen. Die Nacht brachte ich mit Einpacken zu und war reisefähig, wie die Sonne aufging. — Unterwegs erfuhr ich von einem Augenzeugen, daß der Debitant schon in der dritten Szene den Unwillen der Versammlung durch niedrige Ueberretungen erregte; daß sein Verlangen gemein und selbsthaft ausartete; daß dieselben Personen, die ihn in der Kneipe für ein Gentle ausgehört, sich ihm schweigend beschämt aus dem Schauspielhaus verloren; daß die Farce nicht zu Ende gespielt werden konnte.  
21.  
Die Grochische Gesellschaft gehört zu den ältesten der Provinz und hat das beste Kräfte. Reife ist eine Militärstadt. Offiziere geben den Ton an. Ich fühlte fest denn je in meinem Raster und fühlte mich sicher darin. Es behagt mir, keinen Zeit mehr zu haben an der „Führung des Geschäfts.“  
22.  
Was zieht mich doch nach Wien? Ich fühle eine förmlich schmerzliche Sehnsucht dahin und kann mir nicht erklären, woraus sie entsteht. So lange ich vielleicht hätte noch hoffen dürfen, tat ich auf den Brettern der Kaiserstadt Geltung zu verschaffen, tat ich nichts mehr dafür, und nachdem damals mein erstes Bemühen mißlungen, quälte mich ferner keine Anfechtung mehr. Und jetzt, wo mir auch dort nichts Besseres winkt, als was ich überall habe: der Raster des Souffleurs; die Feder des Kopisten... jetzt schmachte ich nach Wien! Was soll das heißen?

23.  
Entweder ich bin ein Narr, oder ich bin ein Prophet! Vielleicht beides! Der Frang nach Wien nimmt stündlich zu. Mir ihm auch die auf gar keinen haltbaren Grund gestützte Überzeugung, daß ich dort etwas Wichtiges erleben werde! Mühsche genügt; als ob man nicht überall etwas erleben, und als ob nicht jedes Erlebnis, auch das unscheinbarste, von Wichtigkeit wäre! ? Dennoch bin ich entschlossen nachzugehen. Nur bessere Fortsetzung will ich abwarten, dann drück' ich auf. Ich muß das erfahren, ob ich unter die kleinen Propheten gehöre, ob ins Irrenhaus?  
24.  
Führen nicht alle Wege nach Rom? weshalb sollte der Weg über Prag nicht nach Wien führen? Ein von dort weggekaufter, braunrot angefarbener Schnapsbruder, auch ein „Pfeifer Thaltas“, der hier Kollekte machte, um unsere kuppelreichen Elterngroschen auf ferneren Kupferbeslag seines Geschäftserzes zu verwenden, schwor — oder schreibt man „Schwur“? — Fein und Rein, daß daselbst ein Souffleur, ein vorzüglicher nämlich gewünscht werde. Die Schwüre solches Herumtreibers sind zwar nicht immer glaubwürdig; indessen wer kann mir's unterfragen, wenn ich daran glauben will? In Prag hatte, wie ich seitdem mit Bestimmtheit erfahren, der alte Mann sein Standquartier, dem ich das Dalcin... verbande. Seit der Zusammenkunft mit Grafen Konstantin, der mir das feintage verbandt, und dem sein Großvater inquisito die Goldfedern auszurufte, regt sich gleich einer Otter im Nest in meiner Brust der fürchterliche Wunsch, mich jenem vielbesessenen Schau- und Kartenpieler, jenem Banthalter zu nähern. Ich habe einst gefogert: „Er sei mir ein Loter, wie mir Dummheit eine Lote ist!“ Das war ein großer Irrtum. Ach, beide sind mir sehr, sehr lebendig! Ich will ihn kennen, ohne daß er mich erkenne! Es ist eben auch ein Spiel, welches ich verjuche; ein festes, vielleicht gewinnlicher? Va banque!  
25.  
Herr Franz von Holbein leitet sein Prager Theater wie einen technischen Apparat als solider Mechaniker, der er ist. Ich sah auf dem Schreibtisch vor ihm kleine wunderliche konzentrierte Gebäude aufgestellt, mit Fächern und Schiebern versehen; Loge, Zahlen, Namen, Titel, fauber auf Blech gemalt, werden in musterhafter Ordnung aneinander gereiht, und vor jedem Ding steht, braucht nur die Finger zu rühren, um der ganzen „Kombination“ eine zweckmäßige Organisation beizubringen. An Erfindungen, was Maschinen betrifft, scheint er reich zu sein. Mit und Donner stehen ihm zu Gebote, wie wenn sie direkt aus der Volkensfabrik, Arma „Suppler tonans“ verschrieben wären. Seine Luna fordert sämtlich sentimentale Kunde zu heulen auf; und er soll auch vorzüglichem Wind machen.  
So viel ich gewiß; einen Einblinder braucht er nicht; mehr künftigen Rollenmacher hat gelogen, und ich habe Zeit in

Prag spazieren zu gehen, was ungleich angenehmer ist als jouffieren.  
26.  
Ja, meine Daten stehen auf! Ich weiß jetzt den Namen des Mannes genau, den Vater Däcker mir nicht nennen wollte, und daß er hier wohnt. Alles trifft zu. Er lebt, wie man mir sagt, von dem, was er zusammen... gespart. Das Bankrot soll er ausgegeben haben. Wahrscheinlich sind die Goldstücke seines Entzels der letzte Raub gewesen. Vor dreizehn Jahren ist er, als die verstorbenen Bettmann hier Gastrollen gab, noch einmal als Oboardo in Vesting's Emilia aufgetreten. Der alte Komödiant hat sich noch einmal in ihm geregt. Er zählt jetzt Vierundsechzig. Ich Vierundvierzig. Graf Konstantin Vierundzwanzig... wofür ich mich nicht hier und da um Jahren verrechnen, denn ich bin ein schwacher Arithmetiker.  
Vierundsechzig — Vierundvierzig — Vierundzwanzig! — Ein höchstes Verhältnis, ganz richtige Proportionen! Und leicht möglich, daß die Genealogie der Bastarde sich noch weiter verfolgen ließe bis in die Gegenwart? Weshalb sollte ich nicht schon einen Entel von vier Jahren haben? Reiner ahnt die Verwandtschaft des Blutes außer mir!... Es geht nichts über innige Familienbände.  
27.  
Wovor und wofür hab' ich mich nun so fürchterlich geängstigt? Ganz gut ist alles abgelaufen, und ich nehme eine wohlthätige Veruhigung mit mir. Geseget sei der Eintritt in diese alterwürdige Stadt!  
Um jeder Möglichkeit von Entdeckung meines Ursprungs vorzubeugen, ließ ich mich als Schriftsteller anwerben, der die Absicht hat, Biographien berühmter Meurs herauszugeben, und für diesen Zweck sichere Daten zu sammeln umher reist. Ich wurde von dem alten Herrn artig und fest empfangen. Er betrug sich wie ein vornehmer Mann, der mit der Welt abgeschlossen hat, dem es vollständig gleichgültig war, was über seine Vergangenheit geschrieben und gedruckt werden möchte. Mit gefälliger Nonchalance ging er auf mein Gefühl ein und eskalierte überflüssigen Bericht von seiner Wirkamkeit auf der Bühne, wobei denn auch einige Einweisungen auf Ereignisse außerhalb derselben nicht unterbleiben konnten. Er sprach von sich, von seiner wilden Jugend, von mannigfachen Verwicklungen, in die er geraten sei, aufrichtig, einfach, zum Schluß unbesonnen. Durchaus nicht wie ein Mensch, der seinen eigenen Lebenslauf erzählt, vielmehr wie der unparteiliche Beobachter fremder Schicksale. Auch von der „Passion zum Kartenpieler“ war die Rede, die er als etwas ganz Natürliches voraussetzte und mit wahrhaft sophistischer Beredsamkeit rechtfertigte, indem er den Satz aufstellte und verjoch, daß jedweder das Recht, sogar die Pflicht habe, anderer Leute Lorbeer zu eigenem Vorteil zu benützen. Dabei behielt sein Angesicht den Ausdruck innersten Friedens mit sich selbst, den auch nicht der Schall eines Vorwurfs trieb.  
(Fortsetzung folgt.)



Die ersten Wahlen. Die Reichsregierung von Kuba...

Der Reichstag hat nach der letzten Pause am Donnerstag wieder...

Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses...

Die Wiederherstellung aberkannter Ehrenrechte in...

Bürgerliche „Arbeitslosen-Fürsorge“. Obgleich das...

Ungültige Wahl. Die Stadtverordnetenversammlung in...

Polizei-Ereignisse in der Stadtverordnetenversammlung...

Blutgeplänkel. In einer freimüthigen Versammlung in...

Bemerkung der Beamten. Die neuen industriellen Steuern...

Der Reichstag in der Hof. In Beratung der Nachlasssteuer...

Der Reichstag in der Hof. In Beratung der Nachlasssteuer...

Der Reichstag in der Hof. In Beratung der Nachlasssteuer...

Der Reichstag in der Hof. In Beratung der Nachlasssteuer...

Die ersten Wahlen. Die Reichsregierung von Kuba...

Der Reichstag hat nach der letzten Pause am Donnerstag wieder...

Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses...

Die Wiederherstellung aberkannter Ehrenrechte in...

Bürgerliche „Arbeitslosen-Fürsorge“. Obgleich das...

Ungültige Wahl. Die Stadtverordnetenversammlung in...

Polizei-Ereignisse in der Stadtverordnetenversammlung...

Blutgeplänkel. In einer freimüthigen Versammlung in...

Bemerkung der Beamten. Die neuen industriellen Steuern...

Der Reichstag in der Hof. In Beratung der Nachlasssteuer...

Der Reichstag in der Hof. In Beratung der Nachlasssteuer...

Der Reichstag in der Hof. In Beratung der Nachlasssteuer...

Der Reichstag in der Hof. In Beratung der Nachlasssteuer...

Der Reichstag in der Hof. In Beratung der Nachlasssteuer...

Furchtbar energisch wird die „Freie Jg.“ auch...

Das Organ des Verbandes öffentlicher Industrieller, „Die...

Kapitalistische Entwicklung in Ostpreußen.

Das Organ des Verbandes öffentlicher Industrieller, „Die...

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Reichstag wird am Freitag parlamentarisch, um sich über die...

Table with 2 columns: Item, Days. Lists various legislative items and their durations.

Der Reichstag in der Hof.

In Beratung der Nachlasssteuer...

In Beratung der Nachlasssteuer...

Ausland.

Der weiße Schrecken im russischen Verfassungsstaat.

Die japanerfeindliche Stimmung in den Vereinigten Staaten...

Die japanerfeindliche Stimmung in den Vereinigten Staaten...

Die japanerfeindliche Stimmung in den Vereinigten Staaten...

Die japanerfeindliche Stimmung in den Vereinigten Staaten...

Die japanerfeindliche Stimmung in den Vereinigten Staaten...

Die japanerfeindliche Stimmung in den Vereinigten Staaten...



er-neut im Staatsrat die Gesetze gegen die Japaner für verfassungsmäßig erklärt hat.
Carlson City, 8. Februar. (Auf deutsch-amerikanischem Kabel.) Das Nevada-Parlament hat eine Resolution angenommen...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 4. Februar.

\* Eine zusammengebrochene Staatsaktion. Das Landgericht Glatz verurteilte im Juli vorigen Jahres Genossen Osteroth wegen angeblicher Verächtlichmachung von Staatsbehörden und Gendarmenbeleidigung zu einem Monat Gefängnis...

\* Die Volksvorstellung des Sozialdemokratischen Vereins beginnt am Sonntag bereits um 3 Uhr Nachmittags. Nicht pünktliches Erscheinen ist an und für sich stets notwendig...

\* Die Wünsche der Barbier-, Friseur- und Perückenmachergehilfen. Auch die Lande geht ein Schrei der im Barbier- und Friseurgewerbe beschäftigten Gehilfen nach Regelung der Arbeitszeit und Einführung einer Sonntagsruhe...

\* Die Pöcher hatten Sonntag im Gewerkschaftshaus um 10 1/2 Uhr Sonntag eine nicht-öffentliche Versammlung ab, zu der bekanntlich die Inne- und Aussenher eingeladen sind.

\* In der morgigen Premiere des „Neuen Dirigenten“ im Schauspielhaus wird uns vom Librettisten dieser Operette erzählt: Im Jahre 1815 waren in Jena die deutschen Burschenschaftler gegründet worden...

der „Volksw.“ durch den Studenten Karl Ludwig Sand ermordet wurde, meinte Weiterich, der damals allmächtige österreichische Premier (und Bundeskanzler der Revolution) einschreiten zu müssen...

Nähere Montag in der Rezension.

\* Vätercbrand. In dem überaus schmalen aber tiefen Grundhügel auf der Ostseite der Altklosterstraße neben den Kleinen Grundhügeln entstand Donnerstag Abend in der ersten Stunde im alten Hinterhaus...

\* Gefunden wurden eine silberne Damenuhr, ein goldener Damerring, ein Knabenbergschieber, eine vollene Perle, eine schwarze Leinwand...

Neueste Nachrichten.

Das Absterben der Nachlasssteuer. Frankfurt a. M., 6. Februar. (S. L. B.) Die „Ziff. Hg.“ meldet aus Berlin: Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Anwesenheit der Minister der Einzelstaaten in Berlin darauf zurückführt...

Stein Kaiserlich. Berlin, 6. Februar. In der „Täg. Rundschau“ veröffentlicht der Schriftsteller Adolf Stein ein Nachwort zu seinem Buch „Wilhelm II.“...

Urteil im Kieler Werkprozess. Kiel, 5. Februar. (S. L. B.) Der Prozess der Unterklasse auf der Kieler Werft wurde gestern zu Ende geführt. Das Urteil lautete gegen den Waggingenwalter Kantowski...

Rizew verhaftet? Paris, 4. Februar. Eine Petersburger Depesche meldet, daß der Kochipitel Rizew gestern selbst in Petersburg verhaftet worden ist...

Ein treuer Freund. Paris, 5. Februar. (S. L. B.) Temps meldet aus Paris, der Sultan Mehmed Pasch hat dem deutschen Konsulat in Ispahan bezüglich des fünfzigsten Geburtstages des deutschen Kaisers ein von ihm in arabischen Versen verfaßtes Gedicht...

Die tschechischen Abenteurer. Wien, 5. Februar. (S. L. B.) Im Abgeordnetenhause kam es gestern wieder zu Tumulten. Sie richteten sich diesmal gegen den Handelsminister Ratal. Der Führer der tschechischen Dr. Samard hat den Minister wegen des Polklases in Böhmen heftig angegriffen...

Unwetter in Oesterreich. Wien, 5. Februar. (S. L. B.) In ganz Oesterreich wüthet ein orkanartiger Sturm. In den Alpenländern sind vielfach Ueberfluthungen eingetreten. Im Salzammergut sind zwei Kabinen übergegangen...

den verlegt, eine geübt. In Weisbach wurde ein Haus verbrannt, hierbei wurde ein Pauer getödtet.

600 Schafe fortgeschwemmt.

Bonn, 3. Februar. (S. L. B.) Das alljährlich hereinbrechende Hochwasser der Sieg schwemmte bei Branel 600 Schafe fort. Achtzig konnten gerettet werden, die übrigen ertranken.

Deffau, 4. Februar. Der Schmelzer des Rabattsparteeins Oply ist nach Unterschlagung von 17.000 Mk. geflüchtet.

Paris, 5. Februar. (S. L. B.) Wie der „Matin“ aus Rom meldet, geht der Entschluß Stolittis dahin, die Neuwahlen möglichst schnell vorzunehmen, ohne vorher die Kammer einzuberufen.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

- Freitag, den 5. Februar: Vortrag über den großen Saal.
Montag, den 8. Februar: Maskenball der Kapellkammer im großen Saal.
Dienstag, den 9. Februar: Drahtborten-Versammlung.
Mittwoch, den 10. Februar: Arbeiter-Nachfahrer.
Donnerstag, den 11. Februar: Singsänger.
Freitag, den 12. Februar: Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Der Zahlabend für sämtliche Bezirke (außer Bezirk 8, Hildebrandstraße 20-24) findet von jetzt ab nur noch Leutchenstraße 12/14 statt. Der nächste Zahlabend ist Montag, den 8. Februar.

- Bezirk 7: Montag, den 8. d. Mtz. Zahlabend.
Bezirk 8a: Montag, den 8. Februar: Zahlabend und Rennwahl des Bezirksführers.
Bezirk 9 (Oderort): Montag, den 8. Februar: Zahlabend und Rennwahl des Bezirksführers.
Bezirk 12: Montag im Zahlabend: Vortrag des Genossen Bachmann über die politische Lage.

Steindorf u. Umgegend. Öffentliche politische Volksversammlung. Sonntag, den 7. Februar, Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Knipfel. Tagesordnung: 1. Vortrag über die politische Lage...

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei für die Reichstagswahl. Breslau-Ost und West. - 6000 Mitglieder. - Parteischritt 30 Bl. - Die Bibliothek mit 1800 Bänden steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung...

Parteilgenossen und Gewerkschafts-Mitglieder!

Die Wirte in erster Linie zu unterstützen, die uns ihre Lokale zu Sitzungen und Versammlungen zur Verfügung stellen und die „Volkswacht“ auslegen, liegt in unserem eigenem Interesse. Wir bitten sehr, dies zu beachten. Ebenfalls nützlich ist es, bei Einkäufen jene Geschäftsleute zu berücksichtigen, die in der „Volkswacht“ inserieren...

Verantwortlicher Redakteur: Richard Götter - Redaktion und Anstalt: Neue Graunstraße 5. Druck: Druckerei des Vereins, Neue Graunstraße 5.



am Sonnabend, d. 6., Montag, d. 8. u. Dienstag, d. 9. Februar

# In bar erhalten Sie an der Kasse 1/3 Ihres Kaufbetrages zurückgezahlt.

**Tür**  
wegen vorläufiger  
**Geschäftsübernahme**  
diese Vergrößerung.

## Wäsche.

<b>Abenddandlader</b> 1/2 Dtzd. früher 2.10. jetzt ab 1/2 jetzt <b>1.40</b>
<b>Abenddandlader</b> 1/2 Dtzd. früher 2.90. jetzt ab 1/2 jetzt <b>1.95</b>
<b>Weiße Handlader</b> 1/2 Dtzd. früher 3.25. jetzt ab 1/2 jetzt <b>2.20</b>
<b>Weiße Handlader</b> 1/2 Dtzd. früher 3.90. jetzt ab 1/2 jetzt <b>2.60</b>
<b>Gläserlader</b> 1/2 Dtzd. früher 1.45. jetzt ab 1/2 jetzt <b>95 Pf.</b>
<b>Badehandlader</b> früher 75 1.25 1.65 2.10 jetzt ab 1/2 jetzt <b>50 82 1.10 1.40</b>
<b>Badehandlader</b> früher 2.25 3.00 3.75 jetzt ab 1/2 jetzt <b>1.50 2.00 2.85</b>
<b>Strohdecke</b> früher 2.10. jetzt ab 1/2 jetzt <b>1.40</b>
<b>Damen</b> in reiner Qualitäten zu Bettdecken früher Meter 1.25 1.85 1.85 1.95 jetzt ab 1/2 jetzt <b>82 90 1.22 1.90</b>
<b>Blau- u. Kupfergerölke</b> kompl. früh. 3.75 7.75 9.25 jetzt ab 1/2 jetzt <b>3.85 5.15 6.15</b>
<b>Bunte Tischdecken</b> früher 1.85 2.10 3.25 jetzt ab 1/2 jetzt <b>1.22 1.40 3.15</b>
<b>Körperbarchent</b> zu Selbst- und Kinderwäsche früher Meter 35. ab 1/2 jetzt <b>37 Pf.</b>
<b>Rosa Körper-Wollton</b> früher Meter 55. ab 1/2 jetzt <b>51 Pf.</b>
<b>Pinon</b> früher Meter 42. ab 1/2 jetzt <b>28 Pf.</b>
<b>Sommerbarchent</b> laut zu Kinderwäsche, Ankerbarchent etc. früher Meter 55. jetzt ab 1/2 jetzt <b>39 Pf.</b>
<b>Gummihoff</b> zu Unterlegen früher Meter 1.00. jetzt ab 1/2 jetzt <b>2.00</b>
<b>Weiße Mollton</b> früher Meter 65. jetzt ab 1/2 jetzt <b>64 Pf.</b>
<b>Julett</b> zu verlässliche Qualitäten. früher Meter 95 1.25 1.50 1.95 2.25 jetzt ab 1/2 jetzt <b>64 82 1.15 1.60 1.80</b>
<b>Multigründren</b> 140 cm breit. früher Meter 1.25 jetzt ab 1/2 jetzt <b>84 Pf.</b>
<b>Schürzenstoffe</b> extra schwer. 140 cm breit. früh. Meter 1.25 jetzt ab 1/2 jetzt <b>84 Pf.</b>
<b>Weiße Damenbarchent</b> mit Spitze oder Spitzen früher Stück 1.15 1.35 1.45 1.65 jetzt ab 1/2 jetzt <b>80 90 95 1.10</b>
<b>Kostjachen</b> über. Barchent mit Spitze oder Spitzen früher Stück 1.65 2.10 2.65 3.25 jetzt ab 1/2 jetzt <b>1.10 1.40 1.90 2.15</b>
<b>Damenbarchent</b> elegante Ausführung. früher Stück 1.55 1.65 1.85 2.45 jetzt ab 1/2 jetzt <b>90 1.10 1.24 1.65</b>
<b>Stahlbleche</b> Eisen. Wirtschaftl. und Tischdecken, Kinderwäsche, Kostjachen, keine alt anderen Wäscheartikel jetzt nur 1/2 unter früherem Preis.

## Korsetts.

Bekannt nur gute Qualitäten und gut gepolstert

**Claf. Korsetts** jetzt nur **68 Pf.**

**Jaquard-Korsetts** früher 1.35. jetzt ab 1/2 jetzt **1.05**

**Spitalfeder-Korsetts** früher 1.85. jetzt ab 1/2 jetzt **1.24**

**Gesundheits-Korsetts** mit Gummiring. früher 2.15. jetzt ab 1/2 jetzt **1.45**

**Herbales-Korsetts** a. f. für Damen geeignet. früher 2.85. jetzt ab 1/2 jetzt **1.85**

**Frank-Korsetts** abg. St. früher 2.75. jetzt ab 1/2 jetzt **1.80**

**Pariser Gürtel** früher 98. jetzt ab 1/2 jetzt **66 Pf.**

## Stickerei

für Bett- und Tischdecken, Unterlegen etc. jetzt auch 1/2 unter früherem Preis.

3 Duzend gestickte Buchstaben	5 Pf.
4 cm breites Schürzenband	2 Pf.
Druckknöpfe	10 Pf.
Wäschebänder	2 Pf.

**15 St. Schnellweilwe.** früher 15 Pf. jetzt ab 1/2 nur 10 Pf.  
**Schwarze u. bunte Unterrock-Verläge.** Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
**Wählwe.** alle Farb. 2 Duzend früh. 5 jetzt ab 1/2 nur 3 Pf.  
**D. M. C. Stickgarn.** von 1000 wech. früh. 8 jetzt 5 Pf.  
**Das ganze Lager Gürtel, einige hunderte Stück, jetzt 1/2 unter früherem Preis.**

**Wäschesachen**  
Goldsterner Filter,  
Münzen, Borte, Franzen,  
Salzmonde in Gold und Silber, sowie Metall- und Satin, verschiedene Farben.

## Gardinen

nach Metern, früher 75 85 Pf. 1.00 1.20 1.40
ab 1/2 jetzt nur <b>50 57 67 80 Pf. 1.04</b>

**Abgepaste Fenster**  
früher Fenster 5.75 6.80 7.50 8.75  
ab 1/2 jetzt nur **3.90 4.20 5.00 5.65**

**Vorhangstoff mit elegant. Bordüren,**  
früher Meter 75 95 Pf. 1.20 1.35  
ab 1/2 jetzt nur **52 64 80 90 Pf.**

**Bettdecken** früher 4.25 4.75 5.50 6.50  
ab 1/2 jetzt nur **2.95 3.15 3.70 4.10**

**Engl. Güllbttdecken**  
früher 3.75 9.75 15.75  
ab 1/2 jetzt **2.50 6.50 10.50**

**Spachtel-Vorhänge,**  
früher 3.25 4.25 4.75 6.50  
ab 1/2 jetzt **2.15 2.85 3.15 4.35**

**Bettkissen Spitze** früher 25 55 Pf.  
ab 1/2 jetzt **17 37 Pf.**

**Moquettblisch und Mottlet**  
zu Sofaabzügen, 130 cm breit,  
früher 6.50, ab 1/2 jetzt nur **4.35**

**Plüschtschdecken** mit breiten, eleganten  
Bordüren,  
früher 9.75, jetzt ab 1/2 nur **6.50**

**Sonstige Tischdecken**  
früher 1.75 2.45 3.75 5.25  
ab 1/2 jetzt **1.19 1.62 2.50 3.50**

**Gardinen Spitzen** früher 9 15 22 32 Pf.  
ab 1/2 jetzt **6 10 15 21 Pf.**

**Kongressstoffe** früher 98 78 Pf.  
ab 1/2 jetzt **46 52 Pf.**

**Teppiche** früher 7.75 12.50 23.50  
ab 1/2 jetzt **5.15 8.35 13.90**

**Läuferstoffe** früher 95 Pf. 1.10 1.45 1.60  
ab 1/2 jetzt **64 77 98 Pf. 1.07**

## Betz-Kolliers

find die Preise besonders zu beachten.  
Gürtel und Strolacherm  
früher 95 Pf. 1.35 2.15 4.55 6.75 8.75  
ab 1/2 jetzt **61 90 Pf. 1.15 2.00 4.50 5.90**

**Muffen** früher 9.75 13.50 15.50  
ab 1/2 jetzt **6.30 8.00 10.35**

**Tücher** früher 9.75 15.00 18.50  
ab 1/2 jetzt **6.50 10.00 12.35**

**Formeln** imit. früher 4.75 8.75 11.50  
ab 1/2 jetzt **3.20 4.50 7.85**

## Kinder-Pelzgarituren

in Krinoline, Gledar, Kanin etc.  
früher 2.15 3.90 4.90 5.25 7.50  
ab 1/2 jetzt **1.45 2.60 3.25 3.50 5.00**

## Steppdecken

früher 6.75 8.50 10.50  
ab 1/2 jetzt **4.50 5.85 7.90**

## Erstlingswäsche

Baumwolle, Fädelchen, Wickelschnuren, Trag-  
betten, Unterlagen bekannt billig.

## Zwirnspeisen

zu Unterröcken, Seidkleidern, Gardinen, Bett-  
kissen, Leibwäsche etc. jetzt auch 1/2 unter Preis

## Kleiderstoffe.

Schwarz und weiße Kleiderstoffe, besonders zur Konfirmation geeignet.	früher Meter	95	1.25	1.85	2.25	2.75
jetzt ab 1/2 Meter	<b>61</b>	<b>81</b>	<b>1.10</b>	<b>1.50</b>	<b>1.85</b>	<b>2.15</b>
<b>Diagonalkstoff</b> , feiner modern. Kleiderstoff in rein. braun, blau, schwarz, rot, etc. ab 1/2 nur <b>90 Pf.</b>						
<b>Gemaltene Kleiderstoffe</b> in reinen, eleganten Farben. früher 55 1.25 1.45 1.85 2.25 jetzt ab 1/2 <b>64 81 96 1.21 1.50</b>						
<b>Cheriotisch</b> in best. Qualität, blau, braun, etc. 140 cm breit. früher Meter 2.00 jetzt <b>1.36</b>						
<b>Hauskleiderstoffe</b> verschiedene Ausführungen. früher Meter 64 65 1.00 1.00 jetzt ab 1/2 Meter <b>46 57 80 1.27</b>						
<b>fein Baumwoll-, prima Satin-, Seiden- in best. Qualität.</b> früher Meter 2.75 4.25 jetzt ab 1/2 Meter nur <b>1.95 2.80</b>						
<b>Seiden- u. Satin-, Ankerbarchent, Hauskleid., Unterröcken.</b> früher Meter 35 45 55 65 95 jetzt ab 1/2 Meter <b>37 44 55 64</b>						

## Einige tausend Meter

verschiedener Stoffe in best. Qualität, besonders zu Konfirmation, von 1-10 Meter, jetzt auch 1/2 unter früherem Preis.  
**Unterwolle** in allen Farben. früher Meter 45 jetzt ab 1/2 **44 Pf.**  
**Unterwolle** in best. Qualität, blau, braun, etc. ab 1/2 nur **30 Pf.**  
**Seiden- u. Satin-, prima Satin-, Seiden- in best. Qualität.** früher Meter 35 jetzt ab 1/2 **37 Pf.**  
**Doppelseitige Watton** früher Meter 95 jetzt ab 1/2 **64 Pf.**

## Blusen

haben in Serien eingeteilt und werden besonders billig abgegeben.  
Serie I jeuch bis 2.75 jetzt nur **1.00.**  
Serie II jeuch bis 5.40 jetzt nur **2.75.**  
Serie III jeuch bis 9.50 jetzt nur **4.75.**  
Sind bei beidern mit eleganten Stoffen und Futterarbeit.

## Kostüm-Röcke

auch nur gut gepolstert und leicht gewaschen.  
**Kostüm-Röcke** glatt oder gemustert. früher bis 4.25 jetzt **2.25.**  
**Kostüm-Röcke** früher bis 5.50 jetzt **3.75.**  
**Kostüm-Röcke** aus guten Kerzen, Stoffen, Ober- u. Stoffen mit Futterarbeit. früher 6.50 8.00 9.50 10.50 jetzt ab 1/2 **4.35 5.30 6.35 7.00**

## Ein Duzend anstrangierte

**Kinder-Kleidchen** früher bis 2 Pf. jetzt **68 Pf.**  
**Elegante Kinderkleidchen** früher 3.50 5.00 6.50 7.50 jetzt ab 1/2 **2.40 3.20 4.35 5.00**

## Ball-Schals

in verschiedenen Ausführungen. früher 0.55 1.35 1.95 2.50 3.50 5.00 7.50 jetzt ab 1/2 **0.61 0.90 1.30 1.65 2.45 3.25 5.00**

## Umschlagtücher

früher 1.25 1.85 2.75 3.25 4.25 jetzt ab 1/2 **0.84 1.30 1.84 2.20 2.85**

## Schuhwaren.

**Herren-Vor-Schnürstiefel**, fr. 10.50, ab 1/2 jetzt nur **7.00**  
**Herren-Vor-Schnürstiefel**, früher 10.50, ab 1/2 jetzt nur **7.00**  
**Herren-Schnürstiefel** früher 8.75, ab 1/2 jetzt **6.00**  
**Herren-Schnürstiefel** früher 6.50, ab 1/2 jetzt **4.40**  
**Gelüftete Herren-Schnürstiefel**, früher 12.50, ab 1/2 jetzt nur **8.35**  
**Jmit. Sammelbarstiefel** nur Herren, früher 2.75, ab 1/2 jetzt nur **1.85**  
**Kohleder-Schnürstiefel** für Damen, früh. 6.75, ab 1/2 jetzt **4.40**  
**Rote und braune Schnürstiefel** für Damen, früher 6.75, ab 1/2 jetzt **4.50**  
**Ein. Paar Schnür- u. Anopfstiefel** f. Damen, früher 9.75, ab 1/2 jetzt **6.35**  
**Weiße Zwangenschuhe** früher 4.65, ab 1/2 jetzt **3.05**  
**Weiße Halbchuh**, früher 3.75, ab 1/2 jetzt **2.50**  
**Schuh- u. Dr. Zwangenschuhe**, früher 3.60, ab 1/2 jetzt **2.40**  
**Kohlederstiefel** für Damen, früher 2.25, ab 1/2 jetzt **2.85**  
**Dr. u. rote Zwangenschuhe**, früh. 2.25, ab 1/2 jetzt **2.20**  
**Rote Kinderstiefel**, 27-30, früher 4.95, ab 1/2 jetzt **3.30**  
**Rote Kinderstiefel**, 31-35, früher 5.85, ab 1/2 jetzt **3.80**  
**Segeltuchschuhe**, 27-30, früher 2.15, ab 1/2 jetzt **1.45**  
**Segeltuchschuhe**, 31-35, früher 2.65, ab 1/2 jetzt **1.60**  
**Segeltuchschuhe**, Damen, früher 2.95, ab 1/2 jetzt **1.85**  
**Weiße Segeltuchschuhe**, früher 4.75, ab 1/2 jetzt **3.15**

## Sämtliche andere Arten

**Filz- und Lederstiefel**  
für Herren, Damen und Kinder auch unter Bezug von 1/2 des früheren Preises.  
**Herren-Gummischuhe** früher 3.75, ab 1/2 jetzt **2.50.**  
**Kinder-, Mädchen- und Damen-Gummischuhe** auch 1/2 billiger gegen früher.

## Trikotagen

**Herrenhemden** mit angenehmem Futter. früher 1.95 2.50 2.75 3.05 ab 1/2 jetzt **1.90 1.65 1.85 2.05**  
**Herrenhemden** mit angenehmem Futter. früher 2.50 2.75 2.85 3.25 ab 1/2 jetzt **1.65 1.85 1.95 2.20**  
**Normalhemden** und -Dosen in nur ganz guten Qualitäten. früher 4.50 4.75 5.00 5.50 ab 1/2 jetzt **3.00 3.25 3.45 3.65**  
**Kinder-Trikotagen** mit angenehmem Futter jetzt von **60 Pf. an**

## Reform-Trikotbekleider für Damen

früher 3.65, ab 1/2 jetzt **2.60.**

## Untertailen in Trikot

früher 95 1.25 1.55 1.75 ab 1/2 jetzt **64 84 1.05 1.15**

## Knaben- und Herren-Sweaters

solche Knaben- u. Herren-Mützen jetzt auch 1/2 unter Preis

## Gestrickte Herrenwesten

früher 2.75 3.50 4.00 4.50 5.00 ab 1/2 jetzt **1.85 2.35 2.65 3.00 3.35**

## Über 100 Stück Velour- u. Vargend-Hausjachen

früher 1.35 1.75 2.25 ab 1/2 jetzt **90 1.15 1.50**

## ca. 200 Stück Velour-Unterröcke

und Beinkleider mit Begegnung. früher 2.25, ab 1/2 jetzt nur **1.50.**

# Consum-Waren-Haus

Reuschestrasse 15 und auch in unserer Filiale Matthiasstrasse 110.

**Zu billigsten Preisen**  
kauft man das eleganteste und haltbarste  
**Schuhwerk**  
Robert Kretschmer, Schuhmachermstr.  
Friedrich-Wilhelmstraße 52.

Reichste und billigste Bezugsquelle für  
**Musik-Werke**  
jeder Art und Größe.  
Erschwingliches Lager an  
Schallplatten neuester Schlager.  
Bequemste Teilzahlungsbedingungen  
ohne Preiserhöhung.  
Reparaturen aller  
Instrumente werden  
schnell u. billig ausbe-  
schrieben.  
Schonste Instrumente  
berühmter Hersteller.  
Wage nicht, auch gebrauchte  
Platten in bester  
Musikhaus  
**Albert Jeske,**  
Breslau,  
Friedr.-Wilhelmstr. 91.  
Telephon 7209.

Zur jetzigen Saison empfehle ich mein großes Lager von  
**Schuhwaren**  
in  
**Herren-, Damen- und Kinderstiefeln**  
zu staunend billigen Preisen.  
**Martha Christmann,** Geschäftsführerin.  
Auguste Koch.  
36 Scheitnigerstraße 36  
Bitte genau auf Firma zu achten.

Wie wird die  
**Staatsangehörigkeit**  
erworben?  
Ein Führer durch das Recht der  
Staats- und Reichsangehörigkeit  
von  
**S. Weims.**  
Preis 25 Pfennige.  
Buchhandlung „Volkswacht“

„In freien Stunden“  
Beste Roman-Bibliothek, jetzt 10 Pfennige.  
Durch die Expedition und Reiseverlag zu beziehen.

**Uhren,**  
**Ketten, Ringe.**  
Nur gutes Fabrikat.  
Billigste Preise.  
**Max Frenzel, Uhrmacher,**  
Friedrich-Wilhelmstr. 39.  
**Die Gleichheit**  
Alle 14 Tage erscheinend, Blatt 10 Pfennige.





# 1. Beilage zu Nr. 31 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 6. Februar 1909.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. Februar.

### Geschichtskalender.

6. Februar.

1894 Der Chirurg Theodor Billroth †.  
1907 Wilhelm II. redet um Mitternacht vom Berliner Schloßballon über die „Niedergerittenen“.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Dem Bericht über den Stand der Gemeindeangelegenheiten, den wir an letzter Stelle des Blattes besprochen, ging in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten die Erörterung kleiner Vorlagen voran. Der angeforderte und mit reichlicher Güte erklärte Stadtdirektor Simon wurde kurz und formlos eingeleitet, er betätigte sich am ersten Sitzungstage durch mehrmalige Unterbrechung von Schlußanträgen. Wozu er sich erst hat wählen lassen, wenn ihm die Geschichte zu lange dauert, ist uns nicht recht klar.

Bei der Wahl eines Vizepräsidenten-Stellvertreters enthielt sich die Rechte der Abstimmung, die Linke wählte den Stadtdirektor mit 23 Stimmen, während Genosse Schütz sechs erhielt. 28 Stimmzettel waren weiß.

Das Darlehen von 10.000 M., das der Verein für Volkspedagogik zum Neubau seiner Radrennbahn erbeten hat, beantragt der Referent, Stadtdirektor Körner II in seiner Eigenschaft als Naturarzt, wegen der mit dem Rennen verbundenen Menschenhinderer abzulehnen. Wenn für Pferderennvereine demnächst ein Tierarzt referiert, ist Aussicht, auch diese Stipendiaten loszuwerden. Vorläufig ging der Darlehensantrag allerdings an den Ausschuß II.

Am Schluß der Sitzung gelang es Herrn Heilberg noch durch einen seiner bekannten lehrerischen Venn- und Abtr- Anträge, das Projekt der Elektrizitätsversorgung für Rosenthal und Carlowitz, zu verpfeifen, für das der Magistrat, die Betriebsdeputation und der Ausschuß seit Monaten mühselige Vorarbeiten verrichten. Der Knabe Adolf fängt an, mit fürchterlich zu werden, wird der Ober bald aufrufen müssen, wenn er diese juristischen Durchkreuzungsmanöver des großen Majors betrachtet, die bei der Sonntagsruhe für Handelsangehörige und dem Säuglingsheim glücklich zurückgewiesen wurde, gestern aber einen höchst bedauerlichen Erfolg zeigten. Doch — das ist das Los der unentschiedenen Achselträgerin, sie kommt immer dem Rückschritt, nie dem Fortschritt zugute, Herr Heilberg beweist das im großen wie im kleinen. Da versteht Herr Peucker, stellvertretender Vorsteher, trotz aller Dofiraktion seiner Getreuen, die Situation ganz anders zu nützen, wir haben seit Jahren keine so warme Lobrede auf die städtische Verwaltung und ihr Oberhaupt von liberaler Seite gehört, als sie dem konservativen Gentleman Peucker gestern von den Lippen floß. Diese Dankagung folgte auf den Bericht des Rämmerers, der etwa folgendes ausführte:

Bei der Hundertjahrfeier der Städteordnung ist den Städten seitens der Regierung allgemeine Anerkennung für den betätigten Gemeininn gegeben worden. Trotz dieser Anerkennung hat die Stadt Breslau Ursache, über mangelndes Entgegenkommen derselben Anklagen zu stellen. In der Eingemeindungssatzung von Ortschaften sei man nicht viel weiter gelangt und das Schulunterhaltungsgeleit lege den Gemeinden immer drückendere Lasten auf und beschränke ihre Rechte außerordentlich. Er sehe die Zeit kommen, wo man nur noch zahlen darf. (Hörl. Härl.) Aber auch das Zahlen wird der Stadt schwer gemacht. Der Staat betrachtet die Kommunen als eine unerlöbliche Quelle und wägt dementsprechend immer neue Lasten heran. Für die Polizei soll rund 1 Million aufgebracht werden, und an Provinzialabgaben emfallen auf die Stadt Breslau annähernd 900.000 Mark. Um die Ausgaben für die staatlichen Bestimmungen des Lehrerbildungsgesetzes zu decken, werden im kommenden Geschäftsjahr 1/2 Millionen Mark nötig

sein. Hierzu kommt noch, daß durch das Steuerprivileg der Beamten, auf das die Regierung bestehen bleibt, der Stadt eine Steuererhöhung von 500—800.000 Mark verloren geht. Die Beleuchtungsprojekte scheinen ja glücklicher Weise endgültig abgetan zu sein. Aber auch ohnedies bieten die Finanzansichten ein trübes Bild und so erklärt es sich, wenn die Verwaltung sich rutschließen müßte, der Bürgerchaft eine Steuererhöhung um 20 Prozent zuzumuten.

Ueber die einzelnen städtischen Verwaltungszweige machte der Rämmerer folgende Angaben: Die Zahl der dauernden Molkereiproduzenten hat sich im verfloffenen Jahre um 10, die der einmaltigen Empfänger um 1200 und die der in den Hospitälern untergebrachten Armen um 3500 vermehrt. — Das Arbeitshaus hat eine Mehreinnahme von 13.000 M. erzielt. Die erst kurze Zeit bestehende Milchküche schneidet sehr gut ab, und sind auf dem Gebiete des Säuglingswesens im laufenden Jahre außer dem Säuglingsheim noch andere Fürsorgeeinrichtungen in Aussicht genommen. — Für das Bildwesen der Stadt wird im laufenden Jahre ein höherer Zuschuß erforderlich sein, trotzdem eine Erhöhung des Schulgeldes für mittlere und höhere Schulen in Aussicht genommen ist. Die Fachschulen haben allerdings nicht den Besuch aufzuweisen, den man von Anfang an erwartet hatte.

Für das öffentliche Sicherheits- und Gesundheitswesen ist die Summe von 4.700.000 M. in Rechnung gestellt worden. Die Frage der Neupflasterung des Kriegsanlagenplatzes, wofür 153.000 M. nötig wären, ist vorläufig noch offen geblieben und in der Etatstellung nicht berücksichtigt worden. — Die anderen Verwaltungszweige erfordern, falls nicht noch starke Schneefälle eintreten, insgesamt eine Mehrausgabe von 86.000 M. — Die Summe der Beamtengehälter ist in diesem Jahre um 117.000 M. überschritten worden. Die allgemeine Verwaltung benötigt 22.000 M. weniger.

Bei der Einnahme aus den indirekten Steuern muß mit einem Reinertrag von 32.000 M. gegen das Vorjahr gerechnet werden. Die Schachtel-, Geflügel- und Vergütungsteuer werden ein Mehr von insgesamt 99.000 M. ergeben. — Die Umsatzensteuer, die 1907 1.100.000 M. brachte, wird 1908 voraussichtlich nur etwa 800.000 M. bringen, und kann für 1909 nur mit 65.000 M. angelegt werden. — Bei der Wassersteuer kommt ebenfalls eine Mindereinnahme in Frage. — Die Einnahmen der Gas-Verwaltung sind um 38.000 M. höher anzusetzen wie im Vorjahr. — Von der Straßensanierung ist ebenfalls in Betracht des noch unbedeutenden Reges, wenig zu erwarten. Die neue Linie (Gasthofstraße—Christophorplatz) rentiert sich außerordentlich gut. Mit dem finanziellen Ergebnis der neuen Markthallen kann man durchaus zufrieden sein. Während man im ersten Halbjahr ohne Markthallen mit einer Mindereinnahme von 17.000 M. zu rechnen hatte, erhofft man im zweiten Halbjahr ein Mehr von 32.000 M. Beide Hallen sind zur Hälfte besetzt. — Der Schlachthof soll eine Einnahme von 56.000 M. und das Wasserwerk eine solche von 31.000 M. bringen. Beim Wasserwerk machte der Referent die Mitteilung, daß die seit zwei Monaten im Betrieb befindlichen Versuchsbrennen durchaus günstige Ergebnisse in Bezug auf die Wasserqualität haben. Bei der Gasanstalt wird im kommenden Geschäftsjahr mit einem Reinertrag von 1.800.000 M. gerechnet.

An Kreisabgaben sind im Jahre 1907 326.000 M. gezahlt worden, gegen 1.600.000 M. im Jahre 1906. (Diese Feststellung ist insofern interessant, daß die geringere Ausgabe erzielt wurde trotz herabgesetzter Arbeitszeit, und daß doch eine erhöhte Produktionsleistung zu verzeichnen ist.) — Die Gasproduktion hat sich seit 27 Jahren verdoppelt. — Das Elektrizitätswerk hat seine Produktion verdreifacht. Man hofft hier einen Ueberschuß von 2.370.000 M. zu erzielen.

Von der direkten Einkommen-Steuer hofft man auf einen Mehrertrag von 300.000 M.; von den Gewerbesteuern 100.000 M. und von der Grundsteuer dagegen 450.000 M. weniger. In Bezug auf die Erhebungssorte der Steuern, hat sich das Bureau nicht bewährt. Es erfordert weniger Beamten, wie das Einholen der Gelder und erfüllt seinen Zweck auf 127.500 Pfennigen 159 Steuerbeamte. Aus den weiteren Ausführungen des Rämmerers ist zu entnehmen, daß der Magistrat mit einem Ueberschuß von rund 450.000 M. rechnet. Allerdings sei eine neue Anleihe im übernächsten Geschäftsjahr nicht zu umgehen. Die Erweiterung des Elektrizitätswerkes und der Ausbau des Straßenbahnnetzes erfordern das. Zum Schluß bemerkte der Redner, daß in Bezug auf die Regelung der Beamten- und Lehrer-Gehälter die Stadt vor eine ernste Frage gestellt sei. Wie der preussische Finanzminister die Sache regelt, indem er kurzer Hand für diesen Zweck eine Anleihe aufnehme, so könne

es die Stadt nicht machen. Es bliebe hier nur ein Weg, und der sei: Erhöhung der Steuer. Ob man das aber der Bürgerchaft bieten könne, sei außerordentlich fraglich. Schließlich müssen auch die Lehrer und die Beamten sich daran erinnern, daß die Steuerzahler nicht ihre eigenen, sondern die der Steuerzahler wozu da sind. Jedenfalls erwartet den Stadtverordneten ernste und schwere Arbeit, daß sie im Interesse der Bürgerchaft geleistet werde, daß sie der Wunsch des Magistrats, (Beifall.)

Auf den schon erwähnten Dank des Vorstehers an alle hohen und niederen Beamten der Stadt folgte der Statreferent, der Stadtverordnete Dettlinger:

Der Etat für 1909 ist zwar am aufgestellt, jedoch gelangt es nirgends eine Dittigkeit. Für das laufende Jahr ist ausreichend abgesehen, doch hat die Not der Zeit nicht verhindert, daß auf dem Gebiete der Armen- und Wohlfahrtspflege die nötigen Mittel eingeleitet wurden, ebenso für die übrigen Etat. Der Mehrbedarf an 2. Quartier beträgt infolgedessen 2 Millionen Mark, was einer durchschnittlichen Erhöhung jeder Steuer um 20 Prozent gleichkommt. Es war längst gewiß, daß im Jahre 1910 anstelle des Ausfalls der Schlachtkosten eine 20 prozentige Erhöhung der direkten Steuern kommen würde, daß wir aber schon ein Jahr vorher zu dieser Maßregel werden schreiten müssen, haben wir nicht geglaubt. Ich muß gestehen, daß eine solche Erhöhung der Steuer für die Entwicklung der Stadt ungünstig wirken muß, insbesondere dahin, daß der Bezug von neuen städtischen Steuerzahlern verhindert wird. Wenn wir uns die Frage vorlegen, ob wir die Mittel haben, den Etat für das kommende Jahr von Steuern zu decken, so werden wir eine befriedigende Antwort nicht finden. Was eine Verminderung der Ausgaben betrifft, so haben wir seit 10 Jahren unsere kommunale Lebenshaltung so in die Höhe gebracht, daß wir sie kaum werden herunterschrauben können. Wenn wir das forsagen, daß die Erziehung der Ausgaben in normalen Grenzen bleibt, werden wir genug getan haben. Der Magistrat wird nicht mehr fordern dürfen, als nach Lage der Verhältnisse zu erlauben ist. Wir haben es schon lange als Uebelstand empfunden, daß die einzelnen Verwaltungszweige mit der Gesamtwaltung nicht in abhöriger Fühlung stehen und oft zu hohe Forderungen stellen. Hier möchte der Magistrat dafür sorgen, daß unangenehme Unerblichkeit. Auch wir, die Stadtverordnetenversammlung, sind nicht frei von Schuld. Wir müssen uns strenger auf der Linie halten als bisher, die uns durch den Etat gezogen ist.

Der Redner kommt nun auf die Gestaltung der Einzel-Etats zu sprechen. Die Armenpflege, so führt er unter anderem aus, fordert gesteigerte Ausgaben, die mit dem Wachstum der Stadt zusammenhängen. Zu erwähnen sind besonders 3000 M. für die Anstellung von Damen, welche die Kolonnen unter zwei Jahren zu beaufsichtigen haben und 5000 M. an Mütter für Stützämter. Es ist anzunehmen, daß diese Ausgaben sehr reichlich werden. Die Krankenpflege verlor auch erhebliche Mehraufwendungen. Die Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen wird sehr schwer sein. Wenn die Verhältnisse so liegen, daß nur reiche Leute ihre Kinder auf hohe Schulen schicken, dann wäre die Sache sehr einfach. Aber es gibt Minderbemittelte, die ihren Kindern eine bessere Schulbildung geben wollen. Dieses Streben, das wir anerkennen müssen, darf durch ein höheres Schulgeld nicht erschwert werden. Wir haben a. B. alle Veranlassung, den Besuch der Mittelschulen zu fördern und nicht durch höheres Schulgeld zu unterbinden. Der Volksschuletat weist mehr an Aufschlag von 220.000 M. auf. Der große staatliche Beitrag von 150.000 M., den wir für die Volksschulen erhalten, soll uns auch noch entgegen werden; hoffentlich geschieht dies nicht. Der Besuch der Fachschulen läßt nach, zahlreiche Klagen geben ein. Wir werden nicht achlos an ihnen vorübergehen können, sondern zu prüfen haben, ob nicht doch Mängel in der Organisation vorliegen. Der Aufschlag erfordert hier 400.000 M. Beim Etat des Stadt-Theaters werden wir darüber zu sprechen haben, daß Herr Direktor Koene eine Furcht in die Öffentlichkeit unternommen hat. Die dabei gegen den Magistrat ergehenden Bemerkungen muß ich als unbegründet bezeichnen. Die Garten-Verwaltung verspricht uns zwei neue Schmelzplätze und verlangt 23.000 M. weniger Aufschlag. Die Verhältnisse beim Ankauf von Ringbänden sind nicht ganz klar. Da ringen zwei Stellen in der Magistratskanzlei. Die eine will ankaufen, um den Ring für den Verkehr freizumachen, die andere laßt, um die Bauten als Altertümer zu erhalten. Das nur 600.000 M. für die Umkleekleider ersetzt werden, erscheint mir zu wenig, nachdem sie in den letzten 10 Jahren durchschnittlich pro Jahr 900.000 M. ergeben hat. Es wäre ferner wünschenswert, daß größere Bauten, deren Kosten aus der Anleihe nicht gedeckt werden können, vorläufig unterbleiben bzw. bis auf äußerste eingeschränkt werden. Es ist im Reich und Staat viel von einer Reform der Verwaltung geredet worden, von einer Vereinfachung und Verbilligung. Wir können nur wünschen, daß diese Reform recht bald erfolgt. Wir

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

Von Leibl-Fälschungen erzählt Julius Mayer im Januarheft von „Kunst und Künstler“. Die Fälschungen werden dadurch begünstigt, daß der Meister eine ganze Reihe seiner Bilder nicht signiert hat, so zum Beispiel das wundervolle Porträt „Locher der Frau Kleffing“. Auch das berühmte Bauernbild „Der Dorfpolitzer“ bezeichnete er erst zwei Jahre vor seinem Tode auf Drängen des Besitzers. Unter Dutzenden von Bildern, die Johann Sperl nach Leibls Tode zur Verfügung auf ihre Echtheit untersucht wurden, waren keine fünf wirklich Leibl. Nicht nur der Dandel, sondern sogar Anstehungen sind brüchig dargestellt; in der Jahrhundertausstellung von Berlin befanden sich ursprünglich zwei, später wieder ersetzte unechte Bilder des Meisters. Das eine war die Skizze „Leibl im Kreise seiner Freunde“ unter einem Baum am See, das andere „Mädchen im Strohhut“. Selbst in der Berliner Session waren im vorigen Jahre drei Fälschungen. Die eine ist Nr. 107 des Katalogs, die „Gerte“, Studien auf „Wolke“. Die zweite Fälschung ist Nr. 19, das „Lischgeleit“. Dieses Bild war ursprünglich eine Skizze, dann begannen, nur angeordnete Skizze, die Leibl bei einem Besuche in Nöbling dem frankfurter Male. War auf diesen eindrucksvollen Dingen gedankt und mit einer kurzen Bemerkung versehen hat. War hat dann das ganze Bild übermal, so daß heute nichts mehr von Leibl ist, als ein paar schmaler, kaum ein Zentimeter breiter Streifen am unteren Rande. Die dritte Fälschung war Nr. 138 „Mädchenkopf (Fragment)“. Dieses Bild ist so schlecht, daß man nicht bezweifelt, wie es in die Ausstellung kommen konnte. Wahr: zu dringende, bei künftigen Leibl-Ausstellungen nur gute Werke zu wählen; gerade in dem Jubel liege die Gefahr, daß auch Fälschungen unterlaufen.

## Tagesereignisse.

**Sochwasser.** Infolge der plötzlichen Schneeschmelze und des anhaltenden Regens ist in verschiedenen Gegenden Westdeutschlands, in Thüringen und auf dem Eichsfelde, Sochwasser eingetreten, das bereits schweren Schaden angerichtet hat. Der Telegraph meldet: Erfurt, 4. Februar. Das Hochwasser in den hiesigen Flußläufen nahm im Laufe des Vormittags einen bedrohlichen Charakter an. Von den Orten des Thüringer Waldes wurden die städtischen Behörden telegraphisch verständigt, daß die Sochwasser Gefahr zu wache. Aus Mühlhausen wurde gemeldet, daß die Ufer bis 4,40 Meter gestiegen sei und weite Strecken überflutet habe. Aus Sondershausen wurde berichtet, daß der Verkehr auf den

Eisenbahnstrecken Nordhausen—Erfurt und Hohenberg—Mühlhausen Störungen erleide. In Sonneberg ist die obere Stadt unter Wasser gesetzt. Nach den neuesten Meldungen aus Heiligenstadt ist die **Pochwasserfatastrophe** auf dem Eichsfelde viel gefährlicher, als zuerst angenommen wurde. In Duderstadt steht die Bahnhofstraße unter Wasser.

Heiligenstadt, 4. Februar. Infolge starken Regens und plötzlich eingetretenen Lawwetters führen die Geisleden und die Leine seit Mitternacht **Sochwasser**, das die angrenzenden Stadtteile überflutete. Bis 8 Uhr waren die Fluten so gestiegen, daß der **gesamte Geschäftsverkehr lahmgelegt** war. Die Geschäftshäuser sind infolgedessen geschlossen, die Fabriken still. Die Geisleden fließt wie ein reißender Strom durch die Hauptgeschäftsstraße und überflutet die ganze Altstadt. Der städtische Schlachthof sowie das Elektrizitätswerk stehen unter Wasser. Der Friedhof gleicht einem See, und die Besitzer der umliegenden Mühlen schweben in Lebensgefahr. Der Materialschaden ist sehr groß. Die Behörden sind seit Mitternacht unaufhörlich mit Rettungsarbeiten beschäftigt. Aus den umliegenden Dörfern wird gleichfalls Sochwasser gemeldet.

München, 4. Februar. Infolge des gestrigen Abend plötzlich eingetretenen Regens und Lawwetters herrscht im Gebirge große Lawinengefahr. Aus Tirol laufen heute bereits Stobsposten ein. Die Ortshäuser Mehrn und Brizlegg, die schon im vorigen Jahre durch Ueberschwemmungen schwer heimgesucht worden sind, wurden heute Nacht vom Eisbach überflutet. Das Haus des Bauern Wörner in Mehrn wurde von dem Eisbach verbarrikadiert, die Räume sind mit Schnee bis ans Dach angefüllt, die Familie konnte mit knapper Not ihr Leben retten. Der Bach ergießt sich nun durch die ganze Ortschaft Brizlegg und jetzt bereits die Häuser unter Wasser.

Eisen a. R., 4. Februar. Nachrichten aus Solingen zufolge herrscht seit heute Vormittag im ganzen Wuppergebiet Sochwasser. In der Papiermühle von Fogenberg u. Co. mußte der Betrieb eingestellt werden. Die Stadt Burg steht unter Wasser. Die Feuerwehr mußte zur Hilfe herbeigerufen werden. In Burg steht auch die Straßenbahnzentrale unter Wasser. Der Straßenbahnverkehr Solingen—Burg und Remscheid—Solingen ist eingestellt worden. Die Direktion teilt mit, daß der Betrieb voraussichtlich nicht vor Sonntag aufgenommen werden kann. Die Wupper ist ständig im Steigen begriffen. Man befürchtet weitere Störungen und Sochwasserjähden

Sagen i. W., 4. Februar. Infolge Lawwetters sind die Ruhr und die Leine stark gestiegen, vom Hochwasser sind ausgedehnte Flächen überflutet. Mehrere Werke haben ihren Betrieb einstellen müssen. In Sokenburg sind die Straßen unter Wasser; die Kettenbrücke ist beschädigt. In Altena zeigte die Ruhr drei Meter über den normalen Wasserstand.

Auch im Hannoverschen herrscht Sochwasser. Ein Telegramm aus Hannover meldet: Sämtliche Flüsse, die aus den braunschweigischen, hannoverschen und hessischen Bergen die Wasser aufnehmen, führen infolge der Schneeschmelze kolossale Wassermengen zu Tal, die mit Eisblöcken durchsetzt sind. Bei den Brückendurchlässen stauen sich die Eisblöcke. Die Eisenbahnstrecke von Hameln nach Lage steht unter Wasser. Der Verkehr wird durch Umleitungen aufrecht erhalten.

Chemnitz, 4. Februar. Infolge des anhaltenden Lawwetters und des unaufhörlich niedergehenden Regens ist im ganzen Erzgebirge und im Vogtlande Sochwasser eingetreten, das bereits schweren Schaden angerichtet hat. Das von den Bergen herabfließende Wasser überflutete in den Dörfern Keller und Stuben in den Partterräumen und steht in vielen Ortschaften bereits über einen Meter hoch in den Partterräumen, die geräumt werden mußten. In Plauen ist, wie der „Vogtl. Anz.“ meldet, von den Wassermassen die Gintertwand eines Hauses eingedrückt worden, wobei ein neunjähriges Mädchen getötet und ein dreizehnjähriger Knabe schwer verletzt wurden. Nach einer anderen Meldung ist auch ein Mann durch das Einstürzen einer Wand ums Leben gekommen. In Reuberg wurde gleichfalls von den herabfließenden Wassermengen ein Wohnhaus teilweise forgeschwemmt, wobei eine dreizehnjährige Frau verunglückte wurde; dieselbe wurde später mit gebrochenen Beinen aus den Trümmern hervorgezogen. Das Sochwasser nimmt bedrohlichen Charakter an.

**Brand in einem Elektrizitätswerk.** In Chemnitz gestern Nachmittag um 1/2 Uhr in der Elektrizitäts-Abt.-Geb. vorm. Pöge im Mittelraum der Fabrik zuerst aus, das wachst sehr schnell durch Umachtamkeit verursacht worden ist, und rasch um sich griff. Der Mittelbau und ein neuer Seitenbau der Fabrik wurden teilweise zerstört. Der Schaden beträgt etwa 150.000 M. Arbeiterentlassungen: 15—den nicht sagt.



Ich bin dann Beiträge an verschiedene gemeinnützige Vereine...  
Magistrat hat hier, daß er für 1910 eine Weisheit der Beiträge  
vornehmen wolle. Es wird jedoch kaum möglich sein,  
dabei viel zu erparen. Die guten Zwecke der Vereine werden uns  
verleiten, nicht sehr zu sparen. Wenn wir weiter gehen und  
alle Veranlassung, die Veranlassung der Weisheit zu erreichen und  
nicht zu erlösen. In dieser Beziehung hat uns vor einigen  
Wochen ein Umstand unangenehm beschäftigt. Welche gibt der  
Magistrat Auskunft darüber, warum der Polizei-Präsident am  
Sonntag vor Weihnachten den Verkehr in den Straßen unterhalb  
Die Wiederholung eines solchen Verkehrs mehr für die Interessen wie für  
und eine schone Schickung. Wenn die Schlichter im nächsten  
Jahre fällt, ist eine Erhöhung der Schlichter für die nächsten  
notwendig, mindestens von 10 Prozent. Unangenehm ist, daß die  
Gewinn wenig mehr übersteigt, daß es im Etat angelegt  
war. So oder hier habe ich geglaubt, daß wir mehr herauskommen  
müßten. Eine Erhöhung des Wasserpreises wäre vielleicht  
angenehm, denn das Veranschlagen des Wasserpreises ist sehr schwer  
Anders ist es beim Gas, wo die Erhöhung teils durch eine Preis-  
steigerung des Kautschuk nur vermindert würde. Nur dadurch,  
daß der Verbrauch in der Höhe geht, können wir beim Gas  
vornehmen kommen. Wir werden aber einen anderen Weg beschreiten  
wollen, um aus den Verkehrskosten höhere Einnahmen zu erzielen. Nach  
das sind die Hauptgründe, von denen der Magistrat  
auch meint, daß sie reduziert werden müßten. Wir haben vor die  
Küchler mit anderen Stellen der Selbstverwaltung. Wachen wir  
in den nächsten Jahren nicht so hohe Ausgaben, dann haben wir  
das, was uns vor allzu hohen Steuern übrig. In das Haupt-  
Einkommenarium müßten wir 25.000 Mk. einhalten, das sind etwa  
16 Prozent aller direkten Steuern. Es war dies nötig um die  
bestehenden Erhöhung der Beamtengehältern. Von unsterb-  
lichen Einkünften haben 25 Prozent ein Einkommen unter 3000 Mk.  
und drei Viertel davon wieder ein Jahresinkommen unter 1200 Mk.  
Alle diese Personen haben kein fortwährendes Leben. Wir müssen des-  
halb erwarten, daß unsere Beamten darauf Rücksicht  
nehmen und nicht glauben, daß alle ihre Wünsche in Erfüllung  
gehen. Für 1910 sind die Gehälter erhöht worden, ohne daß uns  
der Staat dazu erlaubt. Die größten Ausgaben betragen 32 1/2  
Millionen Mk. die Einnahmen 16 1/2. Mill. Mk., so daß 16 1/2 Millionen  
Mk. durch Steuern gedeckt werden müßten. Ich will wünschen, daß  
die Wahlen, die den Etat ansehnlich umändern, recht bald und  
gleich und trennd der Sommerferien bevorsteht. Ich bitte, den  
Etat dem Ausschuss in Abzweigen. (Beifolgt Bravo.)

### Von den kleinen Vorlagen die vorher zur Beratung kamen, sind noch folgende hervorgehoben:

30 Staubfreie Müllabfuhrwagen des Herrn Schäfer-  
Kaufmann sollen für 88.250 Mk. aus Mitteln der Anleihe von 1906  
angekauft werden. Der Referent, Stadtrat Noth, meint, es  
sei sehr zu überlegen, ob die neuen Wagen angekauft werden  
sollen und eventuell deshalb die Vorlage den Ausschüssen IV  
und VI zu überweisen. Demnach beschließt die Versammlung  
für die Zeit vom 1. April 1909 bis 31. März 1912 werden  
von dem Brauereibehälter Alois in dem Grundstück Friedrich-  
Wilhelmstraße 84 zwei Kaffeezimmer zu Schulzwecken  
für jährlich 1200 Mk. gemietet.

Zur Pensionsversicherung der von Frauenbil-  
dungsverein beschickten 13 Lehrerinnen soll vom 1. April  
d. J. ab ein jährlicher Zuschuß von 1500 Mk. gewährt werden.  
Der Referent befürwortet die Annahme der Vorlage, welche die  
Versammlung einstimmig annimmt.

Die Ausschüsse II und V empfehlen die Ausdehnung  
des Verordnungsgebietes der Elektrizitätsw-  
erke auf Rosenthal und Carlowitz, mit der Maß-  
gabe, den Betrieb während der Dauer von 1 Jahren gebühren-  
frei zu gestalten. Die Stadtratsmitglieder A. L. und G. A. rufen  
erklunden um Ablehnung der Vorlage. Letzterer betont besonders,  
daß die Ueberlandzentrale in industriearmer Gegend wie  
Breslau, niemals Ausflüchten auf Rentabilität bieten. Die  
Vorlage bedeute einen zu kostspieligen Versuch, den man bei der  
schlechten Finanzlage der Stadt jetzt auf keinen Fall wagen darf.  
Stadtrat Hamberger meint, die Umgebungen Breslaus sei hoch  
anders, wie Alois es darstelle. Es liege im kommunalen  
Interesse, wenn die Stadt die Umgebungen mit Licht und Kraft  
versorge. Man solle das nicht, wie in Arierern, der Privat-  
industrie überlassen. Der Vertrag sei unwesentlich und nur  
durch Vergewisserung der Werke kann die Stadt verdienen.  
Oberbürgermeister Bender gerichtet die Alois'schen Bedenken.  
Wenn man nicht neue Anlagen bauen, verfallenen ja die  
Betriebswerke, denn eines bleibt der Stadt nur: Entweder  
neue Steuern oder Betriebswerke. Sonst komme man  
aus der Finanzlemme garnicht heraus. So schlecht ist aber  
die Finanzlage nicht, daß man nicht die 100.000 Mk. heran-  
bringen könnte. — Stadthauptmann Wittz weist in technischen  
Einzelheiten nach, daß der Versuch sehr wohl rentabel und gar  
kein Risiko zu fürchten sei. Es lägen schon viele Vorläufe  
aus Rosenthal und Carlowitz vor, die Summe verjähre  
sich auf 100.000 Mk. Stadtratsmitglied Finger stimmt Wittz zu, seine  
Ausführungen werden aber kaum beachtet. Stadtratsmitglied  
Heilberg beantragt Vertragung auf so lange, bis der

Magistrat die fehlenden Unterlagen vorgelegt hat. Auch wisse  
man ja noch nicht, wie weit die Ausschüsse über die  
der Referent die Schwierigkeiten wolle, auch Nebe wohl das  
Anrecht der Anwesen im Wege. — Die Referent er-  
teilt, damit sei der Stadt nicht zu helfen und es sei jedenfalls nicht  
zu haben, schon ist der Versuch an die Hand zu legen. Gerade wegen  
der Schwierigkeiten wolle in der Stadt den Versuch wagen. Der  
Magistrat wolle nur, daß heute die Versammlung wenigstens  
arbeitsfähig in die Lage, Einzelheiten könnten ja dann immer noch  
erledigt werden. — Auch die Berichterstatter Friedenthal und  
Blauel zeichnen die vorerwähnten Bedenken und suchen die  
Vorlage zu retten. Allein abzuwachen macht ein Schlußantrag (vom  
Stadtrat Simon einstimmig unterstützt) der Debatte ein Ende und  
der Antrag Heilberg wird gegen die Stimmen der Sozialdemo-  
kraten angenommen.

### Dürfen am Grabe Neben gehalten werden?

(Nachspiel zur Mure-Verordnung in Döbeln.)  
Auf dem Leiniger Friedhof bei Breslau wurde am  
19. Juli 1908 der Leiniger Wilhelm Kluge beerdigt, der  
unter anderem auch einem Arbeiterverein angehört hatte. In  
die Trauerfeierlichkeiten, die hauptsächlich aus Mitgliedern des  
Arbeitervereins bestand, hielt Genosse Stach vor auf Ge-  
nehmigung des Geistlichen, aber ohne polizei-  
liche Erlaubnis eine drei Minuten lange Ansprache. In der  
er den Verstorbenen als ein Vorbild für die Vereinsmitglieder hin-  
stellte. Stach wurde wegen Uebertretung der Polizeiverordnung  
vom 21. September 1906 angeklagt, welche im § 1 bestimmt:  
„Niemand, außer den Geistlichen der mit Verpora-  
tionstrachten ausgestatteten Religionsgesellschaften, ist es gestattet,  
auf öffentlichen Begräbnisplätzen Grabreden zu halten. Aus-  
nahmen kann die Polizeibehörde in einzelnen  
Fällen gestatten.“

Das Landgericht Breslau als Berufungsinstanz  
verurteilte natürlich den Angeklagten zu einer Geldstrafe.  
Ziemlich komisch, daß das Reichs-Vereinsgesetz solche  
Polizeiverordnungen außer Kraft gesetzt habe, sich es nicht gel-  
ten. Die Verordnung sei rechtsungültig.

Stach legte Revision ein. In der Verhandlung vor dem Sa-  
mergericht vertrat ihn am Donnerstag Rechtsanwalt Dr.  
Felix Lehmann-Berlin. Die Hauptfrage ist, so für die  
Verurteilung aus, ob neben dem Reichs-  
Vereinsgesetz Polizeiverordnungen, wie die hier angewandte, noch  
Bestand haben. Das müsse verneint werden. Das Reichs-  
Vereinsgesetz habe durch seinen § 9 auch die Polizeiverordnungen  
in seinen Rahmen hinein. Zudem es im Zusammenhang mit  
gemeinrechtlich-öffentlichen Aufzügen und Versammlun-  
gen unter freiem Himmel, ausdrehen, daß gewöhnliche Leichen-  
begängnisse nicht der Genehmigung bedürftig, mache es die un-  
gewöhnlichen Leichenbegängnisse gleich den öffentlichen  
Aufzügen und öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel  
von einer Erlaubnis abhängig und regelt somit die Materie  
der Leichenbegängnisse überhaupt. Demnach finde auch auf  
Leichenbegängnisse der § 1 des Reichs-Vereinsgesetzes Anwen-  
dung, der im Absatz 1 bestimmt, daß das gewöhnliche Ver-  
eins- und Versammlungsgesetz polizeilich nur in diesem Ge-  
setz und anderen Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkun-  
gen unterliege. Daraus folge die Ungültigkeit von Polizeiver-  
ordnungen, wie hier eine angewandt worden sei. Für die Anwen-  
dung aber des Reichsvereinsgesetzes fehle es hier an allen Un-  
terlagen.

Der erste Strafrat des Kammergerichts  
hat die Vorentscheidung wegen Ungültigkeit der Polizei-  
verordnung auf und verwirft die Sache zu nochmaliger Verhand-  
lung und Entschieden an das Landgericht zurück, weil  
zunehmend nachzuprüfen wäre, ob das Reichsvereinsgesetz an-  
wendbar sei. Beachtend wurde vom Staatspräsidenten ausgeführt:

Der § 9 des Reichs-Vereinsgesetzes, der in Absatz 1 von  
den nach § 7 genehmigungspflichtigen öffentlichen Aufzügen und  
öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel, be-  
stimmt im Absatz 2, daß gewöhnliche Leichenbegängnisse  
einer Genehmigung (oder Anzeige, wo diese zugelassen sei)  
nicht bedürftig. Danach ist für außergewöhnliche Leichen-  
begängnisse eine Genehmigung in Preußen (wo die An-  
zeige noch nicht ministeriell zugelassen sei) erforderlich. Das Wort  
„Leichenbegängnis“ im Sinne des § 9 umfasse nach der Auf-  
fassung des Senats den ganzen Akt der Bestattung,  
den man nicht trennen dürfe in einen Aufzug und eine Ver-  
sammlung am Grabe. Auf das gesamte Leichenbegängnis finde  
der § 9 des Reichs-Vereinsgesetzes Anwendung. Der § 24 des  
Gesetzes, der die Vorschriften des Landesrechts über kirchliche  
und religiöse Versammlungen und Vereine anzuwenden wolle,  
durchbreche nicht die Bestimmungen des § 9 über Leichen-

begängnisse. Werde das aber angenommen, so habe auf Verhän-  
gnisse das Reichs-Vereinsgesetz einschließlich seines § 9  
Anwendung zu finden. Der § 1 untersage es aber, die  
Materie des Versammlungs- und Vereinsrechts durch nicht-  
religiöse gesellschaftliche Bestimmungen zu führen, (1) und lasse  
durch seinen Absatz 2 eine Anwendung der allgemeinen Vereins-  
bestimmungen des Landesrechts nur zu, soweit es  
sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für  
Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer  
Versammlung handelt. Daraus folge, daß die auf Grund des  
§ 6 des Polizeiverordnungsgesetzes erlassenen Bestimmungen der  
hier fraglichen Art nicht mehr anwendbar seien. Das be-  
deute aber noch nicht, daß Angeklagter freigesprochen  
werden müsse. Es sei zu prüfen, ob nicht an Stelle der nicht  
anwendbaren Polizeiverordnung das Reichs-Vereinsgesetz an-  
zuwenden sei. Merkt das bestrafe der § 19 Absatz 1 nur den,  
der ohne die vorgeschriebene Genehmigung (§§ 7, 9) eine Ver-  
sammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug beschicke,  
wenn ein außer gewöhnliches Leichenbegängnis ver-  
anstaltet oder gefeiert. Sei St. hiernach nicht als Neben-  
strafbar, so bestehe doch die Möglichkeit, daß er als Verantwor-  
tlicher eines ungewöhnlichen Leichenbegängnisses bestraft  
werden könne. Der Senat stehe auf dem Standpunkt, daß ein  
solches Leichenbegängnis durch besondere Umstände,  
besonders durch die Rede eines Laien am Grabe,  
zu einem ungewöhnlichen werden könne, das genehmig-  
ungspflichtig sei. Der Senat sei weiter der Meinung, daß  
derartige, der wissenschaftlich und öffentlich die ganze  
Form eines Leichenbegängnisses umgestalte, so daß es ein außer-  
gewöhnliches werde, sehr wohl als Verantwörter dieses anders  
gearteten Leichenbegängnisses angesehen werden könne.

Das Landgericht müsse deshalb in der neuen Verhandlung  
prüfen, ob das hier so sei und ob nicht St. als Veran-  
tlicher eines ungewöhnlichen Leichenbegängnisses bestraft  
werden könne.

Dem Polizeipräsidenten ist damit schon wieder eine Polizei-  
verordnung für ungültig erklärt worden. Wer weiß, mi-  
wiese noch folgen werden! Das Landgericht Breslau aber wird  
nicht umhin können, den Ausführungen des Verteidigers zuzu-  
stimmen und den Sünder freizusprechen. Aber freilich: Wir sind  
in Breslau....

### Feldwebel Pilz auf der Flucht.

Unter dieser Epigramme berichteten wir am 15. September  
über einen Fall, der sich in der Restauration von J. Dufort  
in der Mordestraße abgespielt hatte, und der ein großes Licht  
auf gewisse Zustände in der Kaserne am Bürgerweber werf.  
Von Geschäftsleuten der Umgebung war uns gegenüber seit lan-  
gem Tage darüber geführt worden, daß der Sanitätsfeldwebel  
Pilz in der Kaserne einen schwindehaften Handel mit allerhand  
Waren betriebe und dadurch die Geschäftsleute schädige. Ein-  
es Tages, als Pilz mit anderen Unteroffizieren gerade in der ge-  
nannten Restauration gesessen hatte, war dann ein Lazarettwär-  
ter Marek mit geklammertem Messer in das Lokal gekommen und  
hätte drohend nach Pilz begehrt. Dieser war alsbald durch eine  
Mittlerin geflohen und hatte sich in einer Wohnung in der ersten  
Etage verborgen gehalten, bis Marek von den übrigen Unter-  
offizieren überholt und nach dem Lazarett transportiert wor-  
den war. Der unmittelbare Anlaß zu dem Vorfall war der,  
daß Marek hier in das Lazarett gebracht hatte und auf eine  
bliesbüchlige Anzeige des Pilz zu einer fünfjährigen Arreststrafe  
genommen war. Inzwischen ist dieser Marek nach sechsmonat-  
licher Beobachtung als geisteskrank erkannt worden.

Durch die Kritik, die wir an den Vorfall knüpften, fühlte  
sich Pilz beleidigt. Der Staatsanwalt erhob im öffentlichen In-  
teresse Anklage wider den Genossen Wolff als verantwortlicher  
Rebakteur und Pilz wurde als Nebenflüger zugelassen. Die Ver-  
handlung hat gestern vor der Breslauer Strafkammer stattgefun-  
den. Die Anklage erblühte eine Beleidigung darin, daß dem  
Feldwebel der Vorwurf der Feigheit gemacht und gesagt wor-  
den war, seine Untergebenen seien halb und halb gezwungen,  
bei ihm zu laufen. Nachdem der fragliche Artikel verlesen,  
wurde dann zur Beweisaufnahme geschritten.

Als erster Zeuge wurde zunächst Oberstabsarzt Ober-  
hard vernommen. Er sagte aus, daß in früheren Jahren die  
Kranken sich durch die Krankenwärter und Kaiserjungen Nahr-  
ungs- und Genussmittel hätten ins Lazarett bringen lassen, ob-  
wohl dies untersagt war. Abgesehen davon, daß diese Beschaf-  
fung von Nahrungsmitteln den Kranken selbst höchst schädlich  
werden konnte, mußten diese auch die Waren sehr teuer be-  
zahlen. Deshalb sei schließlich die Einrichtung getroffen wor-

Die Berliner Hochbahn-Katastrophe vor Gericht. Wir  
haben aus dem Verhandlungsbuch nur die markantesten Stellen  
gesehen. Gleich zu Beginn der Verhandlung leitet der Vorsitz  
die Bahn verschiedene Sachverständige als Zeugen ab, weil diese in  
Diensten der Gesellschaft stehen. Aus seinen Ausführungen sind noch  
folgende von besonderem Interesse: Die Anlage des Heineren Güttel-  
s ist völlig verfehlt, ebenso verfehlt sei die Anlage des hohen Bärns,  
der die freie Ansicht in bestmöglicher Weise verperrt. Verfehlt  
sei auch noch die Anlage des Fährbalkens. Das National-  
gericht funktioniere in der letzten Zeit gar nicht, mehrere Unfalls-  
fälle durch Zusammenstoße seien nur im allerletzten Augenblick ver-  
hütet worden.

Als in einem ähnlichen Falle wie dem Schreiber'schen, der Ja-  
führer einen Zusammenstoß auf dem Gläubersiedel  
verhütet hatte, habe die Hochbahn-Gesellschaft bei dieser Ge-  
legenheit einem Herrn 1000 Mark gegeben, damit er  
nichts von der Sache berichtet. Häufig sei es vor-  
gekommen, daß die Signale falsch gestellt waren. Das alles hätten  
die Herren der Hochbahn-Gesellschaft erwischt, es sei aber ver-  
sucht worden, um den kostspieligen Umbau des  
Scheidewegs zu erparen. Wenn einer gegen diese  
Mängel Beschwerde erhebt, dann habe er als angeblicher „Schländer“  
Umsatzstrafen zu zahlen.

Die Angeklagten Schreiber und Heide erklärten sich für un-  
schuldig. Der Angeklagte Schreiber hat eigentlich den Unfall  
gar nicht zu führen gehabt, sondern den verhängenden; kein Unfall  
bestand darin, daß er an einer Station anstiegen und nun ein Aus-  
tausch mit einem anderen Fahrer stattfinden mußte. Die Zeit seines  
Aufstiegs hat der Anzeiger dann bemerkt, um ein Glas Bier in  
seiner Schanzkassette zu trinken.

Rechtsanwalt Dr. Schindler macht darauf aufmerksam, daß  
das Erden der Signale durch die Signalhersteller  
unzureichend seien.

Rechtsanwalt Zahn meint, es müsse festgestellt werden, daß der  
Fog, der von der Schreiber'schen kam, zwei Minuten Verspätung hatte  
und dadurch eigentlich der Unfall verursacht worden sei. Das das  
Ansehen des Angeklagten Schreiber und das Ansehen eines  
Schlafes betraf, so erklärte sich dieses dadurch, daß die  
Hochbahn-Gesellschaft auf den Bahnhöfen für ihre  
Angehörigen keine Schärfsicht hat, so daß diese  
aufgehört hat das Bahnhöfen anzuzeigen müssen und in solchen Fällen  
immer ein Leuchtzeichen zu zeigen. Die Verhandlung geht nach weiter, bitten aber bisher  
keine weiteren Unterbrechungen. Die Verhandlung läßt durch einen  
ganzen Tag von Ende der Verhandlung vorziehen, daß dies alles in  
Ordnung war, wo hingegen die Entscheidung der Angeklagten nicht  
überhaupt feststellen läßt, daß dem nicht so war. So war es auch  
durch Anwesenheit bekannt, daß verhängenden...

vorgekommen seien, so am 25. März 1906 infolge des Verfeh-  
dens eines Fuhrwerks, am 22. Mai 1907 ein Fuhrwerk auf dem  
Fahrdamm der Berliner Gärten. Der Verstoß geriet verweist noch auf  
einen Unfall vom März 1902, an dem ein Wagen entgleiste, von den  
Schienen wegzurück und zerbrach in drei Teile zerstückelt worden sei.

Von dem Unfall des Ballons „Le Reue“ wird weiter  
erwähnt: Die beiden Passagiere hatten bereits 300 Kilometer zurück-  
gelegt, als plötzlich ein Sturm den Ballon erschützte und  
der Gondel er zu einem felsen schwebte. Beide versuchte, seinen  
Niederzug zu benutzen. Plötzlich schlug die Gondel am Boden  
auf und schied sofort zertrümmert zu. Er rief seinem Genossen zu,  
aber dieser gab keine Antwort. Erst nach ein paar Minuten hörte er  
in der Dunkelheit ein Schreien, und schließlich erbeutete er seine in  
einem Abgrund, mit den Füßen an einem Baum  
hängend. Seine hatte die Föhnung verloren und starb nach  
zwei Stunden. Sein Genosse blieb drei Stunden lang neben  
der Leiche und begab sich erst am Morgen ins Dorf, um Hilfe zu  
holen.

Die Untersuchungen auf der kaiserlichen Werft zu  
Aiel, wegen deren Verurteilung vor dem Kaiserlichen Gericht gegen  
eine Anzahl untergeordneter Bediensteten verhandelt wird, werden  
dieses vorzuziehlich im Juni abgemacht beschließen, wo dann gegen  
den Kassendirektor Heinrich, die Großkaufleute  
Friedenthal, Krenning jun., Brack und Genossen verhandelt  
werden wird. Die Sache, um die der Prozess geschädigt worden ist,  
geht sich mit Sicherheit nicht an oben; sie ist aber gewaltig, denn  
allein die aus dem unvollständig verhandelt oder schlicht geschlichteten  
Fällen schwebenden Urteile belaufen sich auf rund 1 Million  
Mark.

Ein gemeingefährlicher Thronfolger. Aus Belgrad  
wird gemeldet: Kropotkin Georg ist jetzt wieder seinen ge-  
wohnlichen Pensionsbeziehungen nach. Einmalen ließ er in der  
Donau unterhalb der Brücke Eis ausheben und 20 Sol-  
daten wurden an der richtigen Stelle haben. Halbrund  
wurden sie auf der Donau gesenkt. Der Annapolis verordnete sich an  
diesem Abend. Die Sache wurde jetzt durch die Beschwerde eines  
anderen Soldaten erst belohnt.

Das Mädchen in Männerkleidern. Die polizeiliche Er-  
laubnis, in Männerkleidern zu gehen, hat eine junge Berlinerin er-  
halten.

Das Mädchen in Männerkleidern hat in der vergangenen männliche  
Gehaltszüge und Bewegung, daß es wiederholt von Schulkindern  
für einen weiblichen Mann gehalten und häßlich war. Als das  
Mädchen eines Tages in Hamburg verhaftet wurde, sagte es den  
Untersuchungs- und Frauenkloster erwidern abzugeben und in Frauenkloster  
weiszuziehen. Es blieb von jetzt an unbeschäftigt. Man sehr bald  
erwarten, daß eine Untersuchung über die bei polizeilichen Anmelde-

gen aus dem Widerspruch zwischen dem weiblichen Vornamen und  
dem männlichen Aussehen und Auftreten entstanden. Es wurde dem  
Mädchen von Seiten der Polizei in Berlin und Hamburg wiederholt  
verboten, Frauenkleider zu tragen. Die junge Dame erklärte aber,  
sie wolle sich lieber das Leben nehmen, als sich von der ihr liege-  
wordenen Männerkleidung trennen. Das Berliner Polizeipräsidium  
ersuchte zwei Berliner Ärzte um ein Gutachten über diesen eigen-  
artigen Fall. Die Ärzte erklärten: Obwohl der Körperbau der  
jungen Dame weiblich, die Gesichtsbildung, Haare, Charakter usw.  
männlich arteten seien, würde die Dame nur in Frauenkleidern, nicht  
aber in Männerkleidern auf der Straße öffentliches Vergehen er-  
zeugen. Der eine Arzt stellte das junge Mädchen verbindlich auf dem  
Polizeipräsidium vor. Die junge Dame erhielt zunächst mündlich,  
dieser Tage auch von dem Polizeipräsidenten v. Stubenrauch schrift-  
lich die Erlaubnis, in Männerkleidern weitergehen zu dürfen. Die  
Freude über diese Entscheidung wurde nur dadurch etwas bein-  
trächtig, daß dem Wunsch, auch den weiblichen Vornamen in einem  
männlichen umzuwandeln zu dürfen, angeklagt der Rechtslage nicht  
nachgegeben werden konnte. Die Dame tritt in dem Geschäft, für  
das sie tätig ist, als Herr Soudso; nur der Chef weiß um ihr  
Geheimnis.

Das gefundene Erdbeben. Die Erdbebenmesser der ganzen  
Welt hatten am 23. Januar ein Erdbeben verzeichnet, ohne daß es  
etwas war, festzustellen, wo dieses Erdbeben stattfand. Die Erd-  
bebemesser in Bukowina, in der Nähe von Jaroslaw-Sielo hat nun  
mehr festgestellt, daß sich die Stelle des Erdbebens zwischen dem  
36. Grad nördlicher Breite und dem 64. Grade östlicher Länge be-  
fand. Das ist nicht weit von Akabad, in Persien.  
Die angeordnete Stelle wird auf der Karte als Wüste bezeichnet,  
was vielleicht erklärt, weshalb man nicht früher Nachricht von dem  
Erdbeben hatte.

Bürger und Untertan. Unter dieser Epigramme wird der  
„Neuen freien Presse“ aus Paris geschrieben: Wie alljährlich zum  
Jahreswechsel fließen aus der Kasse des Ordens der Ehrenlegion  
zahlreiche Ordensurkunden auf die ateiigen Knospen von Franzosen  
und Ausländern nieder. Auch neuer sind viele Ausländer mit dem  
„Kreuz der Ehren“ beehrt worden. Im Journal Officiel ist  
aus dieser Zeit zum ersten Mal eine interessante Unterbrechung  
unter den Ausländern getroffen. Sie kennzeichnet die Abticht der  
unser Regierung, auch in kleinen Angelegenheiten den republika-  
nischen Ordnen zu ehren. Die D. Kreuze und Mitglieder, welche  
aufgefordert wurden, sind als „Unterthanen“ bezeichnet: „Sujet autrichien“,  
„Sujet belge“, heißt es in der Publikation des Amstiblates. Anderer-  
seits sind die Staatsangehörigen von Montenegro, die Amerikaner und  
Schweizer, als „Bürger“ bezeichnet. „Citoyen americain, citoyen  
suisse“ heißt es im „Journal Officiel“.



den, das Fehlwort Pils Zigaretten und Zigaretten sowie Schweiß-  
nüssen zur Probe an die Kronen bereit halten sollte. Ein  
Verkauf an Unterhandlung sollte nicht stattfinden. Nach Erscheinen  
des „Vollständigen“ Artikels sei die Einrichtung sofort wieder auf-  
gehoben worden, bis zur Entscheidung der höheren Instanzen.  
Eine Untersuchung ergab dann, daß Pils auch an nicht  
ranke Waren verkauft hat. Das Kriegsministerium  
hat dann die Fortsetzung dieses Verkaufs verboten und bestimmt,  
daß zwar eine Art Kammerbetrieb unterhalten werden könne,  
daß aber die Ueberprüfung den Kranken zugute  
kommen müßte.

Der Nebenkläger Pils als Zeuge schließt sich den Aus-  
sagen seines Vorgesetzten an.  
Verteidiger Rechtsanwält Wandmann: Haben Sie  
auch Lebensmittel, Bier etc. verkauft?  
Nebenkläger: Sie können die Auskunft vertweigern, wenn  
Sie sich durch deren wahrheitsgemäße Verantwortung der Befehl  
einer Verstrafung aussetzen würden.

Zeuge Pils: Ich verweigere die Auskunft.  
Bezüglich des Vorfalls in der Restauration gibt Pils an,  
er habe den Mord sofort als geschehen erkannt und sei nur  
deshalb aus dem Lokal gegangen um ihn, den Kranken nicht  
durch seinen Anblick in noch größere Erregung zu versetzen.

Die kommissarisch benannte Feiglin Alice De' er war  
früher Dienstmädchen in der Restauration, hat den Einbruch ge-  
sehen, daß Pils aus Furcht vor Mord geflohen sei. Auch  
als sie ihn nach der Entfernung des Mord aus der Wohnung  
herabgerufen habe, in die er geflüchtet war, habe er noch einen  
ganz furchtsamen Einbruch gemacht.

Restauration Dulamsky befindet unter anderem, daß er  
durch den Handel des Pils geschädigt gewesen sei und daß an-  
dere Geschäftsleute in seinem Lokal ebenfalls ähnliche Klagen  
geführt hätten.

Eine Anzahl Unteroffiziere befanden, auch sie hätten den  
Mord sofort als geschehen erkannt und würden sich im glei-  
chen Maße genau so benommen haben als Pils. Die ärztlichen  
Kapazitäten brauchen vorher sechs Wochen um Mord als ge-  
schehen zu erkennen. D. H.)

Verteiger des Nebenklägers gaben sie zum Teil zu, von  
Pils Waren gekauft zu haben, obwohl doch Pils ihr Vorgesetz-  
ter war.

Mörder Depach, früher Sanitätsgefreiter, gibt an, daß  
Kranke die letzten Rauchschmuck hatten, und denen er deshalb  
keine Zigaretten besorgen mochte, von Pils direkt Zigaretten ge-  
kauft hätten.

Angeklagter: Ist es richtig, daß Fehlwort Pils das  
Urkundbuch durch nachträgliche Eintragun-  
gen fälschte, als ein Gefreiter über Jodienstreich ausge-  
schieben war, der zu den guten Kunden des Pils gehörte?

Fehlwort Pils wird nochmals vorgeworfen und der Vor-  
sitzende befragt ihn abermals, daß er das Recht habe, sein  
Zeugnis zu verweigern, falls er sich durch eine wahrheitsgemäße  
Aussage selbst einer strafbaren Handlung bezichtigen müßte.

Zeuge und Nebenkläger Pils verweigert auch in  
diesem Falle die Aussage. Oberstaatsrat Eberhard  
zieht sein Protokoll und notiert sich den Vorfall!

Der Staatsanwalt beantragte Johann, bei Angeklagten  
wegen Behauptung nicht erwiesener Tathaten zu ver-  
urteilen. Es sei nicht erwiesen, daß Pils aus Furcht vor  
Mord geflohen sei, im Gegenteil, er habe sich um Grund eines  
anerkannter Entschuldigungs zurückgewandt, um den Kranken  
nicht durch seinen Anblick zu reizen. Der Vorwurf der Fäls-  
chung ist deshalb völlig unbegründet. Ebenso sei auch nicht er-  
wiesen, daß Untergebene gezwungen gewesen seien, von  
Pils zu kaufen. Er beantrage deshalb eine Geldstrafe

Rechtsanwalt Wid als Vertreter des Nebenklägers Pils  
schließt sich in seinem Plädoyer den Ausführungen des Staats-  
anwalts an.

Rechtsanwalt Wandmann: Es war durchaus nicht  
angebracht, den Fehlwort Pils als Mörder mili-  
tärischer Tugenden hinzustellen. Es ist auch gar  
nicht anzunehmen, daß er den Mord sofort als geschehen er-  
kannt hat, denn dann wäre es doch das Richtige gewesen, so-  
fort ins Lazarett zu eilen und seine Festnahme zu bewirken an-  
statt sich in einer Privatwohnung zu verbergen. In Bezug auf  
seine kaufmännische Tätigkeit ist fest, daß er Waren verkauft  
hat, ohne sie ins Kontrollbuch einzutragen, daß er an Unter-  
gebene verkauft hat, und zwar in einem Falle im ganzen fünf-  
hundert Stück Zigaretten, und weiter hat er auf die Krone, ob-  
er auch Bier und Speisen verkauft und das Urkundbuch zu  
Zwecken eines seiner Kunden gefälscht hat, die Antwort ver-  
weigert. Der Angeklagte habe nur die berechtigten Interessen  
des kleinen Geschäftsleute gewahrt und sei deshalb freizusprechen.

Das Urteil lautet entsprechend dem Antrage des Staats-  
anwalts auf 200 Mark Geldstrafe.  
Das Gericht erachtete nicht als erwiesen, daß Pils aus  
Furcht vor Mord geflohen und daß Untergebene ge-  
zwungen gewesen seien, Waren von Pils zu kaufen.

\* Ueber eine polizeilich erlaubte Straßen-  
demonstration wird der „Schles. Anz.“ berichtet: Gestern  
Abend um 8 Uhr erschienen eine Schar Contourstudenten in  
Kneipjaden in der Universität, um einen aus Karzer  
entlassenen Kommilitonen in Empfang zu nehmen. Sie  
zogen ihn die Treppe hinunter, bekrännten ihn und setzten  
ihn in einen Kasten, der unten vor der Tür auf einem Roll-  
wagen stand. Dann brachten sie ein Hoch aus, brannten  
bengalische Fackeln ab, bestiegen den Rollwagen  
und einen zweiten und fuhren die Schmiebedebrücke  
entlang nach dem Ringen u. ab.

Sehr gut. Aber weshalb läßt der Polizeipräsident nur  
Arbeiter verhaften, wenn sie auf der Straße Hoch  
rufen? Vielleicht gibt Herr Wienke im Gerichtssaale  
Auskunft darüber, wenn er die 19 Wahlrechtsdemonstranten  
vom Sonntag aufs Anlaerbänken bringt.

\* Tarifbindung im Tüfsergewerbe Breslau. In  
der letzten Mitglieder-Versammlung des Vertrauensverbandes der  
Tüfser u. (Bahlhelle Breslau) gelangte u. a. zur Mitteilung ein  
Schreiben der vereinigten Unternehmer, welches lautet:

„Der Verband der Breslauer Dien-Fabrikanten und Ofen-  
baumeister sowie die Tüfser-Innung zu Breslau sehen sich  
gezwungen, den am 31. März dieses Jahres ablaufenden  
Lohn-Tarif, in Anbetracht der von der Gesellschaft  
auf alle Positionen des alten Tarifs gewünschten Lohn-  
erhöhung, an kündigen, denn die heutige Lage im  
Handelsgewerbe, und im besonderen in der Dienbranche ist derartig  
ungünstig, daß auch die geringste Erhöhung nicht denkbar ist.“

Nach eingehender Diskussion beschloß man, auf dieser Tarif-  
bindung eine abwartende Stellung einzunehmen, bis daß sich die  
Fabrikanten noch weiter zu ihrer Maßnahme äußern werden.

\* Nichtraucherabteilung 4. Klasse. Es ist mehrfach Be-  
schwerden über worden, daß Reisende in Nichtraucherabteilung  
4. Klasse gezwungen haben und daß dadurch die Mitreisenden belästigt  
werden, daß sogar das Rauchen verboten wurde, nachdem es zur  
Beschwerden der Mitreisenden vom Schaffner besonders unzulässig  
war. Die Eisenbahnverwaltung hat daher das Quersignal erneut  
angeordnet, unter keinen Umständen zu dulden, daß von  
Reisenden in Nichtraucherabteilung 4. Klasse geraucht wird, und auch  
ohne die Beschwerden der Mitreisenden mit Nachdruck gegen das  
unberechtigte Rauchen einzuschreiten. Das Quersignal darf nicht  
damit begünstigen, lediglich das Rauchen zu verbieten, es muß auch  
dafür sorgen, daß diesem Verbot keine Auslieferung wird. Reisende, die

das Verbot nicht beachten, sind zur Verstrafung wegen Vandalen-  
deliktens anzuzeigen. Die Nichtraucherabteilung sollen stets deutlich  
gekennzeichnet sein.

\* In dem Prozeß um den „Goldenen Ochsen“. Der  
Verdacht über die Fälschung hat, wie aus München mitgeteilt  
wird, der zweite Senat des Oberlandesgerichts München nach Ver-  
teilung der Reuerausgabe des inzwischen verkauften früheren  
Jungfernschreibe Adler neuerdings einen Termin auf den 13. Fe-  
bruar angefragt.

### Aus Schlesien und Posen.

#### Erhebungen über Beschäftigung schulpflichtiger Kinder.

Auf ministerielle Veranlassung finden zurzeit in verschie-  
denen Kreisen der Monarchie Erhebungen über die Beschäfti-  
gung von schulpflichtigen Kindern in ge-  
werblichen und landwirtschaftlichen Betrie-  
ben statt. Es handelt sich dabei um Feststellungen, wie weit  
die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes vom Jahre  
1903 befolgt werden, bezw. um die Geltung von Unterlagen  
für den Erlass von weiteren Ausführungsbestimmungen, falls  
das Ergebnis der Statistik solche als erforderlich erscheinen lassen  
sollte. Im Regierungsbezirk Breslau ist als der geeignete Kreis  
festgestellt. Im Regierungsbezirk Breslau ist als der geeig-  
netste Kreis für diese Erhebungen der Kreis Nei-  
schütz gewählt worden. Seitens der Kreisinspektoren  
von Neichenbach sind insgesamten an die Schulen des Kreises  
über 12.000 Fragebogen verteilt worden, die von den  
Lehrern durch ihre Schüler den betreffenden Haushaltungsbor-  
büchern zur Verantwortung zugegangen sind. Die gestellten  
Fragebogen beziehen sich auf den Stand der Eltern der Schüler,  
das Alter der letzteren, die Art ihrer Beschäftigung (ob Heim-  
arbeit oder andere Betriebe), die Arbeitszeit, den erzielten Ver-  
dienst usw. Der Kreis Neichenbach eignet sich für die Ermittlung  
des Materials besonders, da der obere Teil ein Indu-  
striegebiet ist, im Niederlande dagegen mehr Landwirtschaft be-  
trieben wird. Die Beschäftigung von Kindern zum Garnspulen,  
die früher in den meisten Häusern des Industriebezirks zu finden  
war, hat zwar nach der „Schles. Anz.“ erheblich nachgelassen,  
sollt nur noch in den Gebirgsdörfern, wo noch Handweberei be-  
trieben wird, hört man die Spindräder jure, deren Kurbel  
von allen schwächlichen Personen und Kindern noch gedreht  
wird.

Alle diese „Erhebungen“ könnte die Regierung sich sparen,  
wenn sie der sozialdemokratischen Forderung auf gänzliche  
Beseitigung der Kinderarbeit beitreten würde. Wohl verbietet die deutsche Gewerbeordnung die Fabrikarbeit von  
Kindern unter dreizehn Jahren, das ist aber eine durchaus un-  
genügende Vorschrift. Es reicht durchaus nicht aus, bloß die  
Großindustrie an der Ausbeutung der Arbeiterkinder zu ver-  
hindern, dem Massenangebot lüthiger Arbeiterkräfte begegnen  
wir gerade in dem Kleingewerbe und in der Haus-  
industrie. Eine Erhebung aus dem Jahre 1908 ergab,  
daß 522.300 Kinder außerhalb der Fabriken gewerblich tätig  
waren. Dabei war diese Erhebung eine Arbeit für die Kinder-  
arbeit und beachtete gar nicht die Kinderarbeit in der Landwirt-  
schaft. Namentlich in der Hausindustrie ist die Arbeit der  
Kinder vom arbeitsfähigen Alter an eine ausgebreitete. In manchem  
hausindustriellen Orte Schlesiens sind von 100 Schülern über  
zwei Drittel gewerblich tätig, oft bis tief in die Nacht hinein.  
Hier herrschen die grauenhaftesten Zustände, hier  
fehlen die schmerzhaften Geldgier ihre Felle; hier werden zahllose  
Opfer des Kapitals mittelstlos zugrunde gerichtet. Erbärmliche  
Bezahlung, die schmähtlichen Arbeitsbedingungen, Arbeitsräume,  
die Brutalität von Krankheitsfällen, ein ununterbrochen langer  
Arbeitsstag, das sind die Merkmale dieses „herobischen Kinder-  
mordes“. So werden Arbeiterkinder eines nach dem andern  
vernichtet, frühes Scheitern, früher Tod sind die Folge der ver-  
nichtenden Beschäftigungsweise jenseit nachfolgender Generation wird  
schwächer und lebensunfähig. Die Erwerbsarbeit der Kinder  
unter dreizehn Jahren, auf dem Lande oder in der Stadt, ist  
deshalb überhaupt untersagt. Das Kind gehört in die  
Schule und auf den Spielplatz, es freut sich seiner Jugend,  
säht seinen Körper, bildet seinen Geist. Man lehre sich nicht  
an das verlogene Gezeir von der Heiligkeit der Arbeit für  
die Kinder — der Arbeiter. So sicher die zukünftige Gesell-  
schaft den Gedanken von der Verbindung der Arbeit mit Ver-  
einstimmungen und Unterricht verwirklichen wird, so gewiß ist die  
heutige Kinderarbeit, die der blinden Gewinnsucht nicht erzie-  
herischen Zwecken dienlich, zu verwerfen. Sie verfehrt die Volkswir-  
tschaft an der Lebenswurzel.

\* c. Schweidnitz, 28. Januar. Jahresbericht des  
Gewerkschaftsartikels. In der letzten Sitzung des  
hiesigen Gewerkschaftsartikels erstattete der Vorsitzende, Genosse  
Lieber, den Jahresbericht für 1908. Aus demselben geht  
hervor, daß die gegenwärtige Krise auch hier nicht spurlos vor-  
übergegangen ist, sondern erhebliche Opfer gefordert hat. An-  
schaften, von denen nur einige kleinere, die Lithographen und  
Schaffner, von denen nur eine kleinere, die Lithographen und  
Steindrucker, Tüfser, Labdarbeiter usw. einen Mitglieder-  
zuwachs zu verzeichnen hatten. Alle übrigen Gewerkschaften,  
namentlich aber diejenigen des Baugewerbes haben teils mehr,  
teils weniger Mitglieder verloren. Schon der Umstand, daß  
zirkel 80 Mitglieder mehr ab- als zugeführt sind, läßt auf die  
ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse am hiesigen Orte schlie-  
ßen. Mit geringer Ausnahme sind denn auch in allen Fabriken  
Vertriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen vorgenommen  
worden und auch im neuen Jahre kann von einer merklichen  
Besserung nicht geredet werden, daß auch die hiesigen Unter-  
nehmer die Situation in ihrem Interesse auszunutzen haben, ist  
selbstverständlich; hierzu gehören auch die Maßregeln  
von Verbandsmitgliedern. In wachsender  
reicher Weise die Gewerkschaften ihre Tätigkeit auf dem Gebiete  
des Unterstützungsvereins ausgedehnt haben, sei an folgenden Bei-  
spielen zum Ausdruck gebracht: In Arbeitlosenunterstützung wur-  
den ausbezahlt 1488 18 Mark. Kranenunterstützung, Aufbruch aus  
den Verbänden, und Lokalfassen insgesamt 4065 28 Mark, Sterbe-  
geld, Invalidenunterstützung, Umzugsunterstützung, Rechtschutz  
und so weiter zusammen 1198 55 Mark, im Summa 6692 01  
Mark. Außerdem wurde an 341 durchreisende Kollegen Ver-  
pflegung bezw. Nachtquartier gewährt. Aus vorstehenden Zah-  
len mögen diejenigen Gegner lernen, die die Gewerkschaftsbewer-  
gung nur vom einseitigen Streikstandpunkte zu beurteilen ver-  
mögen. Lohnbewegungen waren in der Verdrängung nicht zu be-  
zeichnen; arbeitslos waren am Schlusse des Jahres 55 Mit-  
glieder. Das Reichsfinanzbüro wurde von 236 Personen in  
Anspruch genommen; die Zahl der angefertigten Schriftsätze be-  
trug 127. Aus der Bibliothek, die ebenso wie das Reichsfinanz-  
büro vom Reichsamt verwaltet wird, wurden in der Verdrängung  
562 Bücher entliehen. Die Jahreserinnahme des Reichsamt betrug  
einschließlich eines Bestandes von 82.80 Mark vom vorigen  
Jahre 399 55 Mark, die Gesamtausgabe 232 49 Mark, es ver-  
bleibt mithin ein Bestand von 107 06 Mark. Der Bildungsfonds  
erforderte bei einer Ausgabe von 49 85 Mark einen Zu-  
schuß von 24 28 Mark. Im Berichtsjahre wurden 12 Sitzungen  
abgehalten, die sämtlich gut besucht waren.

Der Bericht bemängelt jedoch die ablehnende Haltung des  
Magistrats gegenüber einem Antrage des Reichsamt, wonach die  
Gewerkschaftsarbeit auch auf die Ortsgewerkschaften des Reichsamt aus-  
gedehnt werden sollte; weiter wird konstatiert, daß die vom  
Reichsamt beantragte Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes seitens  
der Beschäftigten immer noch erzwungen und ein endgültiger Beschluß  
noch nicht vorliegt. Mögen alle Beteiligten, so schließt der Be-  
richt, im neuen Jahre mit doppeltem Eifer und mit aller Aus-  
dauer an die Arbeit gehen, dann dürfte auch der Erfolg nicht  
ausbleiben.

\* c. Schweidnitz, 4. Februar. Gewerkschaft  
nach e. Wegen einer Lohnforderung in Höhe von 18 Mark ist  
die Möbelfirma Bischoff u. Franke, als deren Inhaber  
ein Herr Köhler fungiert, vor das hiesige Amtsgericht  
zitiert worden. Als Kläger erscheint der Arbeiter Max Wie-  
dermann von hier, der bei der Beklagten, die in Grunau  
hiesigen Kreises eine Bau- und Möbelfabrik betreibt, seit  
zirkel drei Jahren als Tischlergehilfe beschäftigt ist. Angeblich  
wegen Mangel an Arbeit wurde der Kläger am 11. Dezember  
vorigen Jahres entlassen; gleichzeitig wies er sich aber die  
Firma, dem Entlassenen bei seinem Weggange ein Attest aus,  
das die Höhe von 18 Mark auszusprechen. Da die Zuständig-  
keit des hiesigen Gewerkschafts auf den Stadtbezirk beschränkt  
ist, so kam die Sache vor das Amtsgericht. Als Vertreter der  
Beklagten fungiert Justizrat Rothmann, als Vertreter des Klägers  
Justizrat Landsberg. Im Termin führte die Beklagte aus, daß  
der Kläger im Frühjahr vorigen Jahres zirkel 38 Mark mehr an  
Lohn erhalten habe und sie daher berechtigt sei, den Restbetrag  
von 18 Mark einzubehalten. Demgegenüber macht der Kläger  
geltend, daß er in der fraglichen Zeit nicht genügend beschäftigt  
gewesen sei und er deshalb mit seinem Verdienst hinter dem  
Wochenlohn zurückgeblieben sei. Wenn daher die Firma mehrere  
Male den vollen Wochenlohn gezahlt habe, so sei das nur in  
der Ordnung. Die Firma habe nicht das Recht, den Lohn ein-  
zubehalten. Das Gericht beschloß, den Termin zu verlagern, um  
über einige Punkte die von beiden Parteien vorgeschlagenen  
Zeugen zu vernahmen. Ueber den Ausgang der Sache werden  
wir berichten.

Landeshut 1. Schl., 2. Februar. Von der Kon-  
sumvereins-Verwaltung. Die mittelschlesische Ein-  
kaufsbereitigung hielt am 26. Januar cr. hierüber ihren Ein-  
kaufstag ab. Besucht war derselbe von 15 Vertretern, welche  
11 Vereine vertraten. Das Quantum der gekauften Waren re-  
präsenierte den Wert von 54.737 50 Mark, welches dem an-  
wesenden Vertreter der Großhandels-Gesellschaft deutscher Kon-  
sum-Vereine übermittelt wurde. Zu Mitgliedern der Einkaufs-  
Kommission wurden gewählt die Geschäftsführer Hädel, Mai  
und Piorowski. Beschlossen wurde, in diesem Jahre einen  
Einkaufstag speziell für Manufakturwaren abzuhalten. Der schon  
mehrere Einkaufstage beschäftigte Punkt Nahrungsmittelbeschaffung  
und deren Unternehmungen wurde erneut verhandelt, und da-  
hingehend erließ die mit der niderösterreichischen Einkaufs-Vere-  
inigung zu einem solchen in Bezug haltenden Vorträge zu  
veranlassen, sowie ein Abonnement auf Gemälde Unternehmungen  
anzufordern. Herr Graßholz-Kerlin hielt alsdann einen  
Vortrag über „Bank- und Wechselverkehr“. Nach eingehender Er-  
läuterung des am 1. Januar cr. in Kraft getretenen Wechsel-  
verkehrs mit seinen Vereinfachungen und Porto-Verbilligungen  
für viele Vereine verließ der Referent besonders auf die am  
1. Januar cr. ins Leben getretene, schon längst als Bedürfnis  
anerkannte Bank-Abteilung der Groß-Einkaufs-Gesellschaft deut-  
scher Konsum-Vereine. Referent führte zahlenmäßig die Ent-  
wicklung und Erfolge der englischen Genossenschaften vor und  
ermahnte zu treuer, fester Mitarbeit an diesem Werke. Nach Er-  
teilung der regen Disposition, sowie weiterer geschäftlicher An-  
gelegenheiten erfolgte Schluß um 5 1/2 Uhr.

Sagan, 3. Februar. Der sozialdemokratische  
Verein hielt am Sonntag seine Mitglieder-Versammlung ab,  
welche recht zahlreich besucht war. Zunächst gab der Kassierer  
den Passenbericht vom 4. Quartal 1908. Dieser ergab eine  
Einnahme von 141 15 Mark, die Ausgabe beträgt 103,07 Mark,  
so daß ein Kassensaldo von 38,12 Mark verbleibt. Die Re-  
sultate behandelte die Tätigkeit der Verwaltung. Darauf hielt  
Genosse Stolpe-Görts einen Vortrag über: „Die politische  
und wirtschaftliche Entwicklung der Baltischen Länder, und die teil-  
weisen Wirren in denselben“. Redner verstand es, in ausführ-  
licher Weise den Anwesenden an der Hand einer geographischen  
Karte die dortigen Verhältnisse und bestehenden Zustände der  
verschiedenen Nationen vor Augen zu führen. Der Vortrag  
wurde mit Beifall aufgenommen. Darauf nahm die Versamm-  
lung zur Tagesordnung Stellung. Nach längerer Debatte  
wurde eine dreitalendige Kommission gewählt, der auch eine  
Genossin angedröhrt, und welche mit der vom Gewerkschaftsrat  
ernannten Kommission zusammen arbeiten und in den nächsten  
Versammlungen Bericht erstatten sollen. Unter Verschiedenem  
wurde noch auf die Ewarenrückung zum Bau einer Genossen-  
schaftsdruckerei in Gdansk hingewiesen und zu reiner Beteiligung  
aufgefordert. Nach Erteilung verschiedener Vereinsangelegen-  
heiten wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Tag, 3. Februar. 25 jährige Bestehen einer Fab-  
rik. Am Sonntag, den 7. d. M. feiert die hiesige Fabrik des  
deutschen Tabakarbeiter-Vereins ihr 25 jähriges  
Bestehen. Die Kollegen Benzel und Exner sind seit Bestehen  
derselben ununterbrochen Mitglieder.

### Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentage v 12-1 Uhr Mittags.  
Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

\* B. Blumenau. 1. Abol v Gm in Hamburg. 2. Eine  
Reise im Bezug auf den 25. März 1908. 3. Die Schweidnitz  
für das Amtsgericht ist das Landgericht.

\* Th. Trebnitz. Haben Sie einen festen Wochenlohn von  
17 Mk., also einen Jahresverdienst von 884 Mk., so müssen Sie  
30 Pfennig-Wochenlohn haben. Ist der Wochenverdienst schwach, so  
sollt sich der Lohn dem Verhältniß nach dem 800 wochen  
Betrag des durchschnittlichen Tageslohnes der Arbeiterklasse, deren  
Wichtig Sie sind.

\* Postabonnement Wittauer. Groß. richten Sie Ihre Be-  
schwerden an das hiesige Postamt. Sie verlangen doch keine andere  
Zeitungen, sondern nur eine andere Ausgabe und diese ist  
in allen anderen Orten auf Verlangen ohne weiteres geliefert  
worden.

\* Plank. Sie haben recht, in diesem Falle be steht vierzäh-  
rige Plankung, die erst Anfang April zur Klärung am 1. Juli re-  
sultieren dürfte.

\* B. Pöpelwitzstraße. Um das ungeliebte Kind Ihrer Frau  
auf Ihren Namen umzuschreiben haben Sie beide und der Vormund  
auf dem Standesamt, in dessen Register die Geburt des Kindes ein-  
getragen ist, eine diesbezügliche Erklärung abzugeben.

**Zur Ballsaison**  
kaufen Sie zu selbstst. billigen Preisen:  
Kopf-Schals, Fächer, Maskenbesätze, Mützen,  
Armbänder, Halsketten, Ohrringe,  
Carven für Damen u. Herren  
Handschuhe, Ballstrümpfe in allen Farben  
Krawatten, Kragen, Chemisette, Manschetten  
sowie  
544  
Scherzartikel aller Art, Backstücken,  
Lebensmittel  
Verlosungsgegenstände in großer größt. Auswahl  
Haus- und Kuchengeräte, Wannen.  
**Warenhaus Rudolph Renner**  
Friedrich-Wilhelmstr. 76.







## Deutscher Reichstag.

198. Sitzung vom Donnerstag, den 4. Februar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Reimann-Sollweg.  
Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des  
Gesetzes für das Reichsamt des Innern.

Hierzu liegen folgende Anträge vor:

1. Antrag der Sozialdemokraten auf Erweiterung der Bundesratsverordnung über den Betrieb der Anlagen der Großindustrie (Maximalarbeitszeit, Einschränkung der arbeitsfähigen Arbeitsschicht für Feuerarbeiter, Einschränkung der Überarbeit, strenge Durchführung der Schutz- und Unfallverhütungsvorschriften, sanitäre Vorschriften) und auf Erlass einer Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Metallschleifereien (Dauer der täglichen Arbeitszeit, Verschaffenheit der Arbeitsräume, Anwendung von Staubabsauganlagen, Durchführung der Arbeitsschutzvorschriften, Einrichtung von Wasch- und Badeanstalten etc.).

2. Antrag der Sozialdemokraten auf Erlass eines Reichsgesetzes.

3. Antrag der Sozialdemokraten auf Erlass einer Verordnung zum Schutze der in den Glashütten und in der Glasindustrie beschäftigten Arbeiter.

4. Anträge des Centrums auf obligatorische Einführung der Unfallversicherung bei der bevorstehenden Reform der Krankenversicherung, auf Abänderung des Preß-Gesetzes (Verbot, mit der Herausgabe von Zeitungen und Zeitungsbeilagen eine Versicherung irgendwelcher Art zu verknüpfen), auf Erweiterung der Schutzvorschriften in der Großindustrie, auf Unterstellung des Handels mit Explosivstoffen, auf Festschreibung der Verantwortung für die Herstellung von Explosivstoffen, auf Unterstellung des Handels mit Explosivstoffen, auf Unterstellung des Handels mit Explosivstoffen, auf Unterstellung des Handels mit Explosivstoffen.

5. Anträge der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Vorlegung eines Gesetzes, durch das die Mißstände auf dem Gebiete des gewerblichen Anstaltswesens beseitigt werden und auf Abänderung des § 94 der Unfallversicherung, durch welche die früheren Bestimmungen über die Anstaltsverwaltung eines Reservefonds wieder hergestellt werden, oder sonstige Erleichterungen bei der Anstaltsverwaltung eintreten.

6. Ein Antrag der Nationalliberalen, zum Ausbau des „Deutschen Handwerksblattes“ einen jährlichen Reichszuschuß vorzuschlagen.

Abg. Trimborn (Centr.):

Eine Reihe von Vorlagen über Arbeiterversicherung sind uns in Aussicht gestellt. Sollten sie nicht bald vorgelegt werden können, so müßte mindestens für die Witwen- und Waisenversicherung ein Gesetz erlassen werden. Außer der Einführung der Unfallversicherung wünschen wir die Einbeziehung der Heimarbeiter in die Kranken- und Invalidenversicherung. Ueber die Schutzbestimmungen in Glashütten sind bereits 1907 und 1908 Resolutionen angenommen, die sich mit dem vorliegenden Antrage der Sozialdemokraten decken. Diesen werden wir auch heute zustimmen, nur wie früher die Forderungen ablehnen, welche die Arbeitsschicht auf 8 Stunden beschränkt und die Nacharbeit für bestimmte Fälle verbietet. Bezüglich des Vergarbeitsgesetzes stimmen wir dem sozialdemokratischen Antrag mit Ausnahme der Nummer 2 zu. Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes verlangen wir eine Vereinheitlichung des Arbeiterrechts. Ein wichtiger Schritt wäre die Vereinfachung der Rechtsverhältnisse an die Berufvereine. Vor allem muß das Koalitionsrecht gestrichelt werden. Einen sozialpolitischen Stillstand kann und darf es nicht geben. Dienen doch die sozialpolitischen Maßnahmen zur Hebung der Bevölkerung. Gerade der Reichsminister sollte im Interesse der Wehrkraft ein Interesse am Arbeiterschutz haben. (Bravo! im Centr.)

Abg. Baffermann (nationalliberal):

Die Behauptung, daß es mit der Sozialpolitik seit Posadowsky's Rücktritt nicht mehr klappert, ist ein Irrtum. In dem schnellsten Tempo, welches Herr Trimborn wünscht, würde die Arbeitsschicht des Reichstages nicht ausreichen. Die Forderung auf Einführung der Unfallversicherung ist von den Krankenkassen nicht zu erwarten. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen wünschen auch wir. Aber nicht die Unterwerfung des heutigen Standes, bei dem die Arbeitgeber stets majorisiert werden. Das wir für reichsgesetzliche Regelung der Krankenversicherung der Landarbeiter sind, wurde von uns bereits hervorgehoben. Eine Vereinheitlichung der gesamten Versicherungs-gesetzgebung ist aber auf große Schwierigkeiten. Redner spricht sich für die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung in Bezug auf die Unfallversicherungsgesetze (Ansammlung eines Reservefonds) aus. Die Finanzlage hat zu Einschränkungen geführt, ob man die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung weiter hinausschieben soll. Ich bin nicht dieser Ansicht. Die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufvereine sollte dem Reichsjustizamt überlassen werden. Sie muß mit nützlichem juristischer Kalibrität behandelt werden. So große Freunde der Tarifverträge war auch ich, so wollen wir sie doch nicht etwa obligatorisch machen. Bittere Industriezweige sind noch nicht reif für Tarifverträge.

Unsere Stellung zum Reichsberufsgesetz haben wir verschiedentlich bargelegt. Wir sind für ein solches Gesetz. Wir würden verständige Fortsetzung der Sozialpolitik zum besten unseres Volkes. (Bravo! b. d. Post.)

Vizepräsident Dr. Paasche teilt mit, daß eine Resolution Müller-Meinungen, Decker, Decker (freie Fraktion) auf Erlass eines Reichstheatergesetzes eingegangen sei.

Abg. Pauli-Potsdam:

Es heißt, die Reform der Krankenversicherung solle die Zeit über der Unternehmer auf die Hälfte erhöhen. Das erfüllt uns mit großer Sorge. Das Reichsamt des Innern muß mehr Rücksicht auf die Arbeitgeber nehmen. Redner betont sich als Freund der Tarifverträge, aber nicht der beschleunigten Sozialpolitik. Das Handwerk sei an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Wenn nicht Maß gehalten würde, so sei ein Rückgang der Industrie und Arbeitslosigkeit die Folge. Die Witwen- und Waisenversicherung würde nach der Berechnung der Regierung 175 Millionen erfordern. Das mahnt zur Vorsicht. Dem nationalliberalen Antrag stimmen wir zu. Ebenso dem des Centrums über Schutzbestimmungen in der Großindustrie zum Teil, die sozialdemokratischen Resolutionen hingegen lehnen wir vollständig ab. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoch (Sozialdemokrat):

Der Abgeordnete Trimborn hat mit Recht gesagt, daß die Mißstände in den Städten zurückgehen, weil die industrielle Arbeit eine schwere Schädigung der Gesundheit in vielen Fällen mit sich bringt. Um so dringender muß sozialpolitisch gearbeitet werden. Die Krise, in der wir uns noch immer befinden, bewirkt, daß die Ernährung der Arbeiter noch schlechter wird, und ein einziges Jahr der wirtschaftlichen Krise ist ein großer Teil der Erfolge aus, die im Kampfe gegen die Volkskrankheit, der Tuberkulose, errungen sind. Der Herr Staatssekretär warnte neulich vor unndiger Erbitterung im Kampfe zwischen Arbeitern und Unternehmern. Aber dieses ist es, was wir jetzt haben, daß die Arbeiter besonders erbittert sind, weil es nicht die Folge eines besonderen Unglücks ist, sondern die Folge der wirtschaftlichen Produktionsweise. In guten Jahren stehen die Unternehmer dem Profit ein, jetzt aber denken sie nicht daran, den Schaden zu tragen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Alle Beobachtungen zeigen, daß die Großindustrie durch die Krise eine Stärkung ihrer Machtstellung erfährt, und nachher mächtiger da steht. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Den Kongress der Bergarbeiter durch einen Geheimrat besuchen zu lassen, hat der Herr Staatssekretär nicht für nötig gehalten. Die Verhandlungen, die sich um Leben und Gesundheit der Arbeiter drehen, scheinen ihn nicht zu interessieren. Wir werden aber alles tun, um die Wünsche und Klagen der Arbeiter hier zum Ausdruck zu bringen. (Zustimmung bei den Soz.) Einstimmig ist auf dem Vergarbeitsrat eine Resolution angenommen, die reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsschutzbestimmungen im Vergarbeitsrat verlangt. Dieser Regelung steht gar nichts im Wege. Die von uns eingebrachte Resolution bewegt sich im Rahmen der Wünsche des Vergarbeitsrates. Ich ersuche Sie, dieselbe anzunehmen. (Zustimmung bei den Soz.)

Die Rechtsverhältnisse der Landarbeiter leiden an einer krankhaften Missähnlichkeit. Es ist wahrhaftig an der Zeit, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Forderungen der Bauarbeiter sind bisher unerfüllt geblieben. Nicht anders steht es um die Forderungen der Seeleute. Auch die Ziegelfabrikanten haben inoffizielle Anzahl sehr gemäßigter Forderungen aufgestellt. So sehen wir überall Arbeiterkategorien aus der Praxis ihres täglichen Lebens heraus zur Aufstellung ganz bestimmter Forderungen zu gelangen. Wann aber werden die Beschwerden abgestellt werden? Charakteristisch für unsere Zeit ist es, daß nun auch der eigentlichen Arbeiterbewegung fernstehende Schichten mit Forderungen an die Gesetzgebung herantreten. So die Handlungsgehilfen, für die auch nicht das mindeste geschehen ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch beim Arbeitsschutzgesetz hat man sie übergangen. Auch die Techniker leiden unter der Verfolgung der Arbeitgeber. Herr Pauli hat es hier als unmoralisch bezeichnet, wenn Unternehmer ihre Arbeiter oder Angestellten wegen Zugehörigkeit zu einer Organisation maßregeln. Das heißt bei Herrn Pauli aber nur: gegen Mitglieder gelber Gewerkschaften ist nichts einzuwenden, aber die Angehörigen der Gewerkschaften, die wirklich Arbeiterinteressen vertreten, sollen nach wie vor gemahnt werden. Die Unternehmerrorganisationen reden die Sprache der Milde, wenn sie sich schämen, aber wenn sie die Macht haben oder zu haben glauben, dann gehen sie mit schamlosen und unberechtigten Maßregeln ein vor. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Man kann die Arbeiterorganisationen nicht durch Ausnahmemaßnahmen aus der Welt schaffen. Der Reichskanzler hat diesen Standpunkt allerdings neulich im Abgeordnetenhaus vertreten und sich zu einem Ausnahmemaßnahme bereit erklärt, wenn unter den bürgerlichen Parteien eine Mehrheit dafür vorhanden sei. Das hat uns nicht geundert. Der Reichskanzler greift nach dem einzigen Strohhalm, der ihm blies, und macht es, wie so viele, die auf die Sozialdemokratie schimpfen, wenn sie mit ihrem Latein zu Ende sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bedauerlicher ist es schon, daß der Staatssekretär des Innern sich diesem Standpunkt in höchst bedauerlichem Maße zu nähern scheint, wie aus seiner Erklärung zu den schwarzen Listen hervorgeht.

Die heutige Gesellschaft schenkt dem Arbeiter nichts. Sozialpolitik treibt sie nicht um zu Liebe, aber dieses planlose herumstücken, hier ein Pfläckerchen, dort ein Pfläckerchen, läßt überall Lücken bestehen. Durchgreifend muß das Arbeiterrecht reformiert werden. Noch immer aber beruht unsere Gewerbeordnung auf der falschen Annahme, daß zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Unternehmer ein Arbeitsvertrag abgeschlossen wird. Das war einmal. Wir brauchen ein anderes Arbeiterrecht, das aus den heutigen Machtverhältnissen herauswächst. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Herr Pauli hat hier die armen Unternehmer beklagt, die Millitäre, und wieder behauptet, die Arbeiter seien selbst schuld an vielen Unfällen, weil sie die Vorschriften nicht beachten. Der unparteiische Beobachter weiß aber, wie unpraktisch die Unfallverhütungsvorschriften sind. Herr Pauli möge also vor allem einmal Sorge tragen, daß praktische Vorschriften erlassen werden. Der Staatssekretär erklärte uns, daß er kein Interesse daran hat, die Arbeiter zu erbittern. Die Verordnungen über die Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie sind aber von den Arbeitern geradezu als Verhöhnung empfunden worden. Diesen Arbeitern, die so schwer arbeiten, hat man nicht einmal den Achtungsdanda gewährt. (Hört, hört! bei den Soz.)

Die Vorlage zur Reform der Arbeiterversicherung sollen wir demnächst bekommen. Herr Trimborn hat bereits gefragt, ob das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Reichsamt des Innern und den Interessenten uns mitgeteilt wird. Wenn bei uns solche Geheimnisthümerie betrieben wird, dann darf sich die Regierung auch nicht wundern, wenn ihre Absichten verkannt werden. Nachher sollen wir, ohne das Material zu kennen, den Entwurf recht bald verabschieden. Das ist aber gänzlich unmöglich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Baffermann hat auf die Mißstände in den Ortskrankenkassen hingewiesen, das kennen wir schon. Was er kommt mir in den meisten Fällen immer nachweisen, daß die Anschuldigungen Entstellungen waren. Wir müssen gegen jede Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter aufstehen. Es muß nicht eingeschränkt, sondern ausgebaut werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Es ist dringend zu wünschen, endlich in eine Vereinfachung der Krankenkassen einzutreten. Leider werden jetzt Betriebskrankenkassen von der Regierung begünstigt, obwohl sie zu Mißständen führen. Bei der Witwen- und Waisenversicherung sollte man dafür sorgen, daß die Rentenzahlung nicht davon abhängt, daß der Ernjäger gerade durch einen Betriebsunfall umgekommen ist. Es ist bekannt, zu welcher Erbitterung diese Bestimmungen führen. (Zust. bei den Soz.)

Die ganze Versicherungsangelegenheit kann nur dann Segen bringen, wenn Ärzte und Kräfte zusammenarbeiten. Wir sehen aber die Kräfte unter Führung des Kollegen Mugdan mit allen Mitteln einen hartnäckigen Kampf für die freie Arztwahl führen. Dabei mißhen sich die Aufsichtsbehörden fortwährend zu Gunsten der Kräfte ein. Geradezu standalös war der Vorgang in Köln. Die dortige Kräfte war gänzlich imstande die freie Arztwahl einzuführen. Trotzdem wäre eine Verständigung möglich gewesen, wenn die Kräfte nicht, geküßt auf die Behörde, erklärt hätten, überhaupt keinen Kranken zu behandeln zu wollen. Bei der Beratung unseres Antrages über das Koalitionsrecht der Landarbeiter wurden auf der rechten Seite die Folgen eines etwaigen Ernststreiks als fürchtbares Unglück dargestellt. Da werden die Herren Konfessionellen hoffentlich erst recht nicht einen Streik billigen. Ohne Eingreifen der Behörde wären die Kräfte zu einer Verständigung gelangt. (Hört, hört! bei den Soz.)

Zum Schluß möchte ich den Staatssekretär noch recht dringend auffordern, den Berichten der Arbeiterssekretariate einige Aufmerksamkeit zu schenken. Jemand ein Geheimrat wird doch Zeit für diese nützliche Lektüre haben. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. Mugdan (freisinnige Volkspartei):

Die Sozialdemokraten tun so, als ob die ganze deutsche Sozialpolitik aus Liebesdiensten gegen die Unternehmer bestehe. In der Tat aber steht Deutschland in der Sozialpolitik unerreicht da. Aber die Sozialdemokratie ist es, die in Wirklichkeit die Sozialpolitik hemmt, die dem Unternehmer die Sozialreform verweigert und die wahre Urheberin der gelben Gewerkschaften ist. (Lachen bei den Soz.) Redner spricht sich für erhöhten Vergarbeitsrat, Privatbeamtenversicherung und Mittelstandspolitik aus und polemisiert gegen den Abg. Hoch, unter anderem mit der Erklärung, daß auch im Zukunftsstaat die Ohren stoben werden, also Unfälle auch dort nicht ausgeschlossen seien. (Lachen bei den Soz.)

Der Abgeordnete Trimborn hat mit Recht gesagt, daß die Mißstände in den Städten zurückgehen, weil die industrielle Arbeit eine schwere Schädigung der Gesundheit in vielen Fällen mit sich bringt. Um so dringender muß sozialpolitisch gearbeitet werden. Die Krise, in der wir uns noch immer befinden, bewirkt, daß die Ernährung der Arbeiter noch schlechter wird, und ein einziges Jahr der wirtschaftlichen Krise ist ein großer Teil der Erfolge aus, die im Kampfe gegen die Volkskrankheit, der Tuberkulose, errungen sind. Der Herr Staatssekretär warnte neulich vor unndiger Erbitterung im Kampfe zwischen Arbeitern und Unternehmern. Aber dieses ist es, was wir jetzt haben, daß die Arbeiter besonders erbittert sind, weil es nicht die Folge eines besonderen Unglücks ist, sondern die Folge der wirtschaftlichen Produktionsweise. In guten Jahren stehen die Unternehmer dem Profit ein, jetzt aber denken sie nicht daran, den Schaden zu tragen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

arbeiter, die bei der Ernte streiken, begehen Kontraktbruch, die Bäcker Kräfte aber waren ja einfließen. Uebrigens steht den Kräften ein wahrer Stoffhaufen gegenüber, der sich von der äußersten Rechten, den Betriebskräften, bis zur äußersten Linken, den Demokraten, erstreckt. In der Verlesung des Staatsrechtsstimme ich mit dem Abg. Hoch überein. (Lebh. Bravo! bei den Frei.)

Hierauf verhält sich das Haus auf Freitag 1 Uhr (Vorsitzung der heutigen Beratung, sowie die am Sonnabend nicht zustande gekommenen namentlichen Abstimmungen.)  
Schluß 1/7 Uhr.

## Preussisches Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung, Donnerstag, den 4. Februar, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Herr v. Rheinbaben.  
Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Jürgen (nall) durch Erheben von den Plätzen.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die

britte Beratung der Besoldungsordnung.

In der allgemeinen Besprechung erhält zunächst das Wort:

Abg. Volkowitsch (kons.): Das Gros der Beamten wird zweifellos zu der Überzeugung kommen, daß es bei feinem von und an dem nötigen Willen gefehlt hat, die Wünsche der Beamten zu erfüllen, und daß es lediglich an dem Mangel von Mitteln lag, wenn nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten. Die Hauptfrage ist für die Beamten, die möglichst schnelle Verabschiedung der Besoldungsliste, denn viele Beamte haben ihren Etat bereits nach den versprochenen Zulagen einrichtet. (Bravo! rechts.)

Abg. Kallin (Centr.): Ich stehe dem Komпромис mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Manche sehr berechtigte Forderungen der Beamten sind nicht erfüllt worden. (Sehr richtig! im Centr.) Die Gerichtssekretäre erstehen die Gleichstellung mit den Regierungssekretären nun seit 30 Jahren und das Abgeordnetenhaus hat dreimal einen Beschluß nach dieser Richtung gefaßt. (Hört, hört!) Trotzdem ist auch diesmal noch keine tatsächliche Gleichstellung erfolgt!

Ein Regierungskommissar erwidert, daß eine grundsätzliche und nur keine mechanische Gleichstellung der Gerichts- und Regierungssekretäre erreicht sei.

Abg. von Schundorff (nall.) bedauert, daß es nicht gelungen sei, die Turnlehrer den Zeichen- und Musiklehrern gleichzustellen.

Ein Regierungskommissar betont, daß die Vorbildung der Zeichen- und Musiklehrer teurer sei als die der Turnlehrer.

Abg. Gens (Frei. Pgg.) geht in längeren Ausführungen auf die Verhältnisse der Seminarlehrer ein.

Abg. Stroebel (Sozialdemokrat):

Als bei der ersten Lesung der Finanzminister erklärte, daß das Gesetz einen Akt weitreichender Fürsorge für die Beamten darstelle, mußte ich ihm widersprechen. Auch heute kann ich das nicht anerkennen, wenn auch einiges in der Kommission erreicht worden ist. Es ist darauf hingewiesen worden, daß der Nationalreichtum sich vermehrt hat. Das ist zweifellos richtig und wenn er sich auch in den Händen einzelner Besitzender aufgehäuft hat, ist doch auch die nichtbesitzende Klasse davon nicht ganz unberührt geblieben. Freilich ist die Steigerung des Einkommens für diese Schichten in mehr als ausgleichenden durch die Verteuerung der Lebensmittel. Besonders betroffen sind von dieser Verteuerung auch die Schichten der Beamten, so daß die Regierung sich schon genötigt sah, Teuerungszulagen zu gewähren. Umwehre hätte man erwarten müssen, daß die Besoldungsvorlage eine wirklich durchgreifende Erhöhung der Gehälter bringen würde.

Über die Gehaltsaufbesserung, die die Unterbeamten erfahren haben, reicht keineswegs aus, um den Beamten eine wirklich bessere Lebensführung zu ermöglichen, sondern ist gerade ausreißend, um die Verteuerung der Lebensmittel und Wohnungspreise um auszugleichen. Also von einer wirklichen Besoldungsreform in dem Sinne, daß die Beamten einen höheren Anteil an den Lebensgemüßen sich dadurch verschaffen könnten, kann nicht die Rede sein. Wie sind denn die Gehälter aufgebessert? Ich habe gehoben, daß bezüglich der Wehrbewilligungen durch die Kommission für 105.000 Unterbeamte ungefähre 23 Millionen Mark mehr verlangt werden, das sind pro Kopf 225 Mark. Also eine Aufbesserung von durchschnittlich 20 Prozent. Und wahrscheinlich bedeutet eine Gehaltszulage für die Unterbeamten nicht einmal eine ausreichende Teuerungszulage, wenn man bedenkt, daß vor 10, 15 Jahren eine neue Beamtenbesoldungsreform wahrscheinlich nicht zu erreichen ist, während doch die Lebensmittelpreise in dieser Zeit zweifelslos weiter steigen werden. Man hat immer nur darauf geachtet, daß die Beamten nicht besser bezahlt werden als die Kräfte, aus denen sie hervorgegangen sind. Man hat nicht nur den Vergleich mit hungernden Tagelöhnern herangezogen, sondern auch auf die Verhältnisse der Kleinbauern hingewiesen. Wenn übrigens unsere Kleinbauern so schlecht gestellt sind, so haben sie das den Vorhaben des heutigen Junkertums zu verdanken, die das Bauernlegen so gut verstanden haben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Bei den Unterbeamten hat man Erhöhungen meist abgelehnt; bei den mittleren und höheren Beamten hat man eher zugestimmt. So hat man zum Beispiel 79 Geistliche bei Strossenbaldenverordnungen im Höchstgehalt von 4800 auf 6800 Mark erhöht. Für wissenschaftliche Lehrer sind pro Kopf 1000 Mark aufgewendet. Der ersten Staatsanwältinnen sind über die Vorlage hinaus 600 Mark gewährt. Ich will mich keineswegs gegen diese Verbesserungen erklären, aber ich möchte konstatieren, daß die Staatsanwältinnen auch nach der Regierungsvorlage bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses auf ein Höchstgehalt von nur 8100 resp. 8500 Mark gekommen wären. Mit demselben Wohlwollen und sozialen Verständnis hätte man eben auch die Unterbeamten behandeln sollen. Ein Schaffner steht sich in Bayern um 200 Mark jährlich besser als in Preußen, und ähnlich ist es bei den Weichenstellern und anderen Beamten. Gemiß ist die Einkommensteuer erhöht worden. So man hat sogar die Leute mit 1200 Mark, entgegen den Absichten der Regierung, herangezogen, weil die Besitzenden nicht so viel zahlen wollten. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch die Ertragssteuer ist bereits um 25 Prozent erhöht worden. Das klingt allerdings kolossal, aber diese Erhöhung gewinnt ein anderes Gesicht wenn man sich die Sache näher betrachtet. Die Ertragssteuer beträgt heute pro 1000 Mark 50 Pfg. Also diese Erhöhung um 25 Prozent bedeutet, daß für 1000 Mark 12 1/2 Pfennig mehr bezahlt werden sollen. Das macht für 10.000 Mark 1,25 Mark und für 100.000 Mark die Restsumme von 12,50 Mark. Wenn wir auch nochmals 25 Prozent Zinsschlag erheben, würden ganze 25 Mark von 100.000 Mark mehr zu zahlen sein. Das ist allerdings ein Betrag, der von den Geheften der Nation, den Besitzenden, nicht aufgebracht werden kann, wenn es sich nämlich darum handelt, die Gehälter der Unterbeamten aufzubessern. Im Reich, wo indirekte Steuern in Betracht kommen, bewilligt man freilich hunderte von Millionen für unproduktive Zwecke. Also mit der Behauptung, die Mittel wären nicht aufzubringen, dürfen Sie uns nicht kommen.

Abgeordneter Volkowitsch führte aus, die Sozialdemokratie bemühe sich vergeblich um die Günst der Beamten. Nur, wir tun unsere Pflicht und Schuldigkeit; ob die Beamten sich dafür dankbar beweisen, ist uns gleichgültig. Wenn er aber meinte, wir hätten doch keine Antwort unter den Beamten...

Der Abgeordnete Trimborn hat mit Recht gesagt, daß die Mißstände in den Städten zurückgehen, weil die industrielle Arbeit eine schwere Schädigung der Gesundheit in vielen Fällen mit sich bringt. Um so dringender muß sozialpolitisch gearbeitet werden. Die Krise, in der wir uns noch immer befinden, bewirkt, daß die Ernährung der Arbeiter noch schlechter wird, und ein einziges Jahr der wirtschaftlichen Krise ist ein großer Teil der Erfolge aus, die im Kampfe gegen die Volkskrankheit, der Tuberkulose, errungen sind. Der Herr Staatssekretär warnte neulich vor unndiger Erbitterung im Kampfe zwischen Arbeitern und Unternehmern. Aber dieses ist es, was wir jetzt haben, daß die Arbeiter besonders erbittert sind, weil es nicht die Folge eines besonderen Unglücks ist, sondern die Folge der wirtschaftlichen Produktionsweise. In guten Jahren stehen die Unternehmer dem Profit ein, jetzt aber denken sie nicht daran, den Schaden zu tragen. (Sehr wahr! bei den Soz.)



